

Die brennendste aller sozialen Fragen

Kommunale Wohnungspolitik
zwischen 1918 und 1954 in
München
Nürnberg
Erlangen



„Die brennendste aller sozialen Fragen“
Kommunale Wohnungspolitik zwischen 1918 und 1954 in
München, Nürnberg, Erlangen

Staatliche Archive Bayerns

Kleine Ausstellungen

Nr. 63

„Die brennendste aller sozialen Fragen“

**Kommunale Wohnungspolitik
zwischen 1918 und 1954 in
München, Nürnberg, Erlangen**

Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule



München 2020

Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen

hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Schriftleitung: Laura Scherr

Redaktionelle Mitarbeit: Claudia Pollach

Nr. 63: „Die brennendste aller sozialen Fragen“. Kommunale Wohnungspolitik zwischen 1918 und 1954 in München, Nürnberg, Erlangen

Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule

Konzeption und Bearbeitung: Thomas Gilgert, Johannes Hasselbeck und Andreas Schenker

Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 2020

Umschlag vorne: Stadtarchiv Erlangen (Kat.-Nr. 3.2d), Stadtarchiv Nürnberg A38 Nr. A38-K-33-10 (Siedlung am Südfriedhof, Schwander Straße, 1938); *Umschlag hinten:* Stadtarchiv München (Kat.-Nr. 1.4b)

© Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2020

Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Druck: MDV Maristen Druck & Verlag GmbH, Furth

ISSN 1434-9868

ISBN 978-3-938831-95-3

Inhalt

Einleitung	7
1. Von der Notstandsverwaltung zum sozialen Wohnungsbau – München in der Weimarer Republik.....	10
2. „Jede Familie im eigenen Heim, auf eigenem Grund und Boden.“ – NS-Siedlungsbau in Nürnberg	28
3. Zwischen Flüchtlingselend und Neubeginn: Wohnungsnot und Wohnungsbau in Erlangen 1945 bis 1954	55
Literatur und gedruckte Quellen.....	75
Ungedruckte Quellen	81
Abkürzungen.....	82

Einleitung

„Preiswerten Wohnraum zu schaffen und zu erhalten, sind in vielen Städten und Gemeinden Bayerns die aktuell größten Herausforderungen“, konstatierte der Bayerische Städtetag 2017 in seiner Broschüre „Grundbegriffe des sozialen Wohnungsbaus“ angesichts mangelnden Wohnraums und steigender Mieten in vielen Städten, die in den letzten Jahren verstärkten Zuzug erfuhren. Nicht von ungefähr ist die Wohnungsfrage zuletzt vielfach als neue soziale Frage oder auch als die soziale Frage des 21. Jahrhunderts ausgerufen worden.

Wirklich neu ist das Phänomen freilich nicht. Schon in der Vormoderne hatten längst nicht alle Menschen ein Dach über dem Kopf und spätestens seit der im Zuge der Industrialisierung beginnenden und bis heute andauernden Bevölkerungsexplosion in den urbanen Zentren klaffen dort Angebot und Nachfrage oft eklatant auseinander. Als im ausgehenden 19. Jahrhundert der Staat mit einer aktiven Sozialpolitik ansetzte und auf der anderen Seite die sich formierende Arbeiterbewegung immer vehementer die Befriedigung ihrer materiellen Grundbedürfnisse einforderte, war die soziale Wohnungsfrage auch eine politische geworden. Seitdem muss sich jedes Gemeinwesen damit auseinandersetzen, wie es damit umgeht, wenn Menschen nicht die Wohnung haben, die sie benötigen, oder wenn sie im schlimmsten Falle überhaupt keine Wohnung finden. Bereits 1927 stellte der Münchner Wohnungsreferent Karl Sebastian Preis in seiner berühmt gewordenen Denkschrift zum Münchner Wohnungswesen die These auf: „Die Wohnungsfrage ist die brennendste aller sozialen Fragen“. Denn sie umfasse „die dringendste Forderung unserer Zeit: die Beseitigung des Wohnungsmangels [...], die Behebung der Wohnungsnot und des Wohnungselendes überhaupt“.¹

Schon mit Blick auf die heutige Situation wird schnell klar, welchen Anteil politische Faktoren wie das Zurückfahren des sozialen Wohnungsbaus oder die Privatisierung von früher in der öffentlichen

¹ Preis, Beseitigung der Wohnungsnot.

Hand befindlichen Wohnraums in den letzten Jahrzehnten hatten und haben. Nun werden wiederum neue Lösungen und Ansätze ins Spiel gebracht, die von einer Deregulierung des Wohnungsmarkts über Eigenheimförderung, Mietpreisbremsen bis hin zu Enteignungen großer Immobilienkonzerne reichen. Heute wie damals spiegeln die diskutierten wie die schließlich umgesetzten politischen Maßnahmen die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ihrer Zeit.

Mehr als bei anderen sozialen Fragen stand und steht in der Wohnungsfrage neben der Reichs- bzw. Bundes- und Landespolitik vor allem auch das Handeln vor Ort und damit die Tätigkeit der Kommunen im Fokus. Die Kommunen sind traditionell für die örtliche Infrastruktur und das Sozialwesen zuständig. So setzten zwar in der Weimarer Republik Reich und Land den gesetzlichen Rahmen, die Ausgestaltung der gesetzlichen Vorgaben aber oblag den Gemeinden, die ihren Spielraum von grundlegenden Innovationen bis hin zur weitgehenden Untätigkeit nutzen konnten. Die bayerische Verfassung von 1946 schließlich rechnete „Ortsplanung, Wohnungsbau und Wohnungsaufsicht“ explizit dem eigenen Wirkungskreis der Gemeinden zu (Art. 83, Abs. 1) und zementierte damit die Wohnungspolitik als deren Handlungsfeld.

Diese Grundüberlegungen waren der Anlass für eine Ausstellung, die einen Blick zurück wirft auf die kommunale Wohnungspolitik in drei entscheidenden politischen Phasen: der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und der frühen Nachkriegszeit. Für jede dieser Perioden wird je eine Stadt, die für Bayern damals wie heute von besonderer Bedeutung und deren Wohnungspolitik damit auch beispielgebend für andere war, herausgegriffen. Die Ausstellung beginnt mit München als bevölkerungsreichstem Ort und bayerischer Landeshauptstadt für die Zeit der Weimarer Republik. Es folgt Nürnberg, das alte industrielle Herz Bayerns und besondere Schaubühne nationalsozialistischer Propaganda. In der Nachkriegszeit schließlich richtet die Ausstellung ihren Blick auf das fränkische Erlangen, bis dahin eine protestantisch-kleinbürgerlich geprägte Mittelstadt, die

aber nach 1945 zu einem Aufstieg zum prosperierenden Bildungs-, Industrie- und Wohlstandszentrum ansetzte.

Anhand dieser Beispiele werden drei aufeinander folgende, aber denkbar unterschiedliche zeitliche Kontexte behandelt, zwei Demokratien und eine totalitäre Diktatur, deren Strukturmerkmale sich auch in der kommunalen Wohnungspolitik vor Ort wiederfinden: So wird im München der Weimarer Republik die gesteigerte Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge deutlich, die völkische Blut- und Boden-Ideologie des NS-Regimes manifestiert sich in seinen Nürnberger Heimstätten- und Kleinsiedlungen und ein wesentlicher Faktor der Erlanger Wohnungsnot in der Nachkriegszeit waren die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen. Auf der anderen Seite zeigen sich spezifische lokale Eigenheiten der drei Orte: Die konservative Prägung der Münchner Stadtpolitik macht sich in einer traditionelleren Bauweise bemerkbar, das Selbstverständnis Nürnbergs als „Stadt der Reichsparteitage“ fand seinen Niederschlag im offensiven Auftreten Oberbürgermeister Liebels und die im Krieg weitgehend unzerstört gebliebene Stadtstruktur Erlangens hatte eine ungewöhnlich starke Ansiedelung unterschiedlichster Gruppen zur Folge, die nun ein neues Zuhause benötigten. Mit diesem Konzept soll die Ausstellung den Blick für die Fragen der Gegenwart schärfen, indem sie unterschiedliche Reaktionen veranschaulicht, die das Phänomen Wohnungsnot in drei unterschiedlichen Kontexten provozierte.

Thomas Gilgert
Stadtarchiv Nürnberg

Johannes Hasselbeck
Stadtarchiv Erlangen

Andreas Schenker
Stadtarchiv München

1. Von der Notstandsverwaltung zum sozialen Wohnungsbau – München in der Weimarer Republik

Als im Herbst 1918 scharenweise entlassene Soldaten nach München zurückkehrten, litten dort große Teile der Bevölkerung unter drückender Not und Hunger. Die durch den Ersten Weltkrieg ausgelöste Ernährungskrise endete erst mit der Währungsreform 1923/24. Unmittelbar nach Kriegsende herrschte eine hohe Arbeitslosigkeit und es fehlte an Wohnraum. Bereits vor dem Krieg hatte der Wohnungsbau mit der explodierenden Einwohnerzahl der Großstadt kaum Schritt halten können. Nun, nach vier Jahren kriegsbedingtem Baustillstand, drohte der Kollaps. Zur gleichen Zeit trafen Kriegsflüchtlinge aus den von Deutschland abgetretenen Gebieten ein, aber bereits die im Krieg expandierende Rüstungsindustrie hatte zahlreiche Arbeiter nach München gezogen.

Die Stadtregierung versuchte durch eilig ergriffene Notmaßnahmen das Schlimmste zu verhindern. Der Wohnungsmarkt wurde einer von der Stadt dirigierte Zwangswirtschaft unterworfen, die Wohnraum nach Bedarf statt nach Marktmechanismen verteilen sollte. Nach Abschluss der Demobilisierung verhinderten Wirtschaftskrise und Inflation eine echte Entspannung der Lage. Noch 1923 wurden in München allein 27.696 amtlich registrierte Wohnungssuchende gezählt. Viele Münchner lebten in beengten und hygienisch desolaten Verhältnissen. Abhilfe konnte nur der Bau neuer Wohnungen schaffen. Was der private Sektor gerade den unteren Einkommensschichten nicht zu bieten vermochte, sollte nun die öffentliche Hand leisten. Erstmals übernahmen es in den 1920er Jahren Kommunen wie Wien oder München selbst, ganze Quartiere zu errichten, um die Bevölkerung mit gemeinnützigen und günstigen Mietwohnungen zu versorgen – der Beginn des sozialen Wohnungsbaus.

Wer für diese Entwicklung politisch verantwortlich zeichnete, ist in den bewegten Jahren der Weimarer Republik nicht so leicht auszu-

machen. Nach der Revolution im Herbst 1918 blieb die Stadtverwaltung trotz der vorübergehenden Konkurrenz der revolutionären Räte relativ unbehelligt. Auch Oberbürgermeister Wilhelm von Borscht (1893–15.6.1919) behielt zunächst sein Amt. Die MSPD sicherte sich allerdings eine Mehrheit im als wichtigstes Gemeindegremium provisorisch neu eingerichteten Arbeitsausschuss. In den ersten demokratischen Stadtratswahlen im Juni 1919 erhielten dann unter dem Eindruck der blutigen Niederschlagung der Münchner Räterepublik die linkssozialdemokratische USPD und die rechtssozialdemokratische MSPD eine Mehrheit und wählten Eduard Schmid (MSPD, 26.6.1919–31.12.1924) zum Ersten Bürgermeister.

Nach der baldigen Aufsplitterung des Arbeiterlagers regierte die MSPD die Stadt jedoch seit 1921 zusammen mit den bürgerlichen Parteien. Zur Stadtratswahl im Dezember 1924 schlossen sich mehrere bürgerliche Parteien zu einer „Nationalen Wahlgemeinschaft“ unter Führung der katholisch-konservativen Bayerischen Volkspartei (BVP) zusammen. Die Mitte-Rechts-Koalition ging aus den Wahlen als stärkste Fraktion hervor und konnte 1925 Karl Scharnagl (BVP) als neuen Ersten Bürgermeister (seit 1926 Oberbürgermeister, 1.1.1925–31.3.1933 und wieder 4.5.1945–30.6.1948) durchsetzen. Da die Wahlgemeinschaft jedoch keine absolute Mehrheit erreichte, blieb die inzwischen wiedervereinigte SPD etwa über die Stellung von Referenten oder gemeinsame Haushaltsbeschlüsse in die Stadtregierung eingebunden. Zudem konnte sie bis zur Machtübernahme der NSDAP eine gewichtige Stellung im Stadtrat behaupten. Schließlich erschwerten die erstarkenden Nationalsozialisten die kommunalpolitische Arbeit zunehmend, so dass die BVP die SPD immer wieder als Bündnispartner benötigte. Die Stadt München wurde damit die gesamte Weimarer Republik über von einer überwiegend noch aus der Monarchie herrührenden Bürokratie auf der einen, einer sowohl sozialdemokratisch als auch bürgerlich geprägten Stadtregierung auf der anderen Seite geleitet. Von anderen Großstädten unterschied sich München spätestens seit 1924 durch einen konservativeren Anstrich. Diese politische Gemengelage schlug sich auch in der kommunalen Wohnungspolitik nieder.

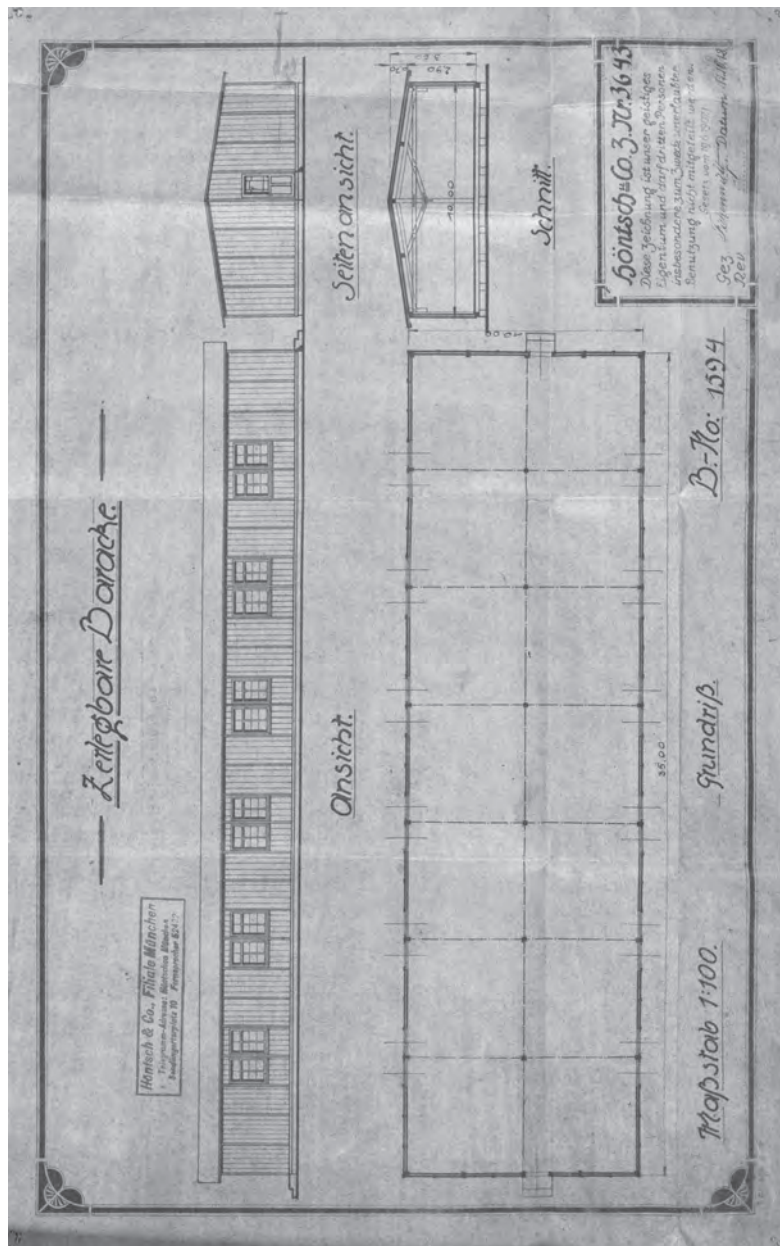
1.1 Wohnungsnot und Notmaßnahmen

- a) 10. Oktober 1918
Planskizze der Firma Höntsch und Co. für eine zerlegbare Baracke
- b) 1920
Obdachlosenasyll Thalkirchner Straße 81
- c) 6. Oktober 1919
Eingabe der Wohnungssuchenden Emma Bay an den Stadtrat
- d) 19. Dezember 1928
Titelseite des Neuen Münchener Tagblatts

Als der Krieg endete, stand die Stadt München vor der Aufgabe, bei desolater Wirtschaftslage sowohl für heimkehrende Soldaten als auch für Familien neuen Wohnraum bereitzustellen. Für Soldaten wurden beispielsweise im Märzenkeller des Hotels „Stadt Wien“ Massenquartiere eingerichtet, in denen von Dezember 1918 bis März 1919 8.469 Menschen vorübergehend Unterschlupf fanden. Weiter schuf die Stadt Notwohnungen in Kasernen und in öffentlichen Gebäuden wie dem Nymphenburger Schloss.

Das Stadtbauamt ließ zudem 15 schnell und günstig aufbaubare Holzbaracken errichten. Die Ausschreibung erfolgte bereits im Herbst 1918, als sich die Demobilisierung anbahnte. Für fünf Baracken erhielt die Firma Höntsch für ihr Spezialesystem „moderner, zerlegbarer und transportabler“ Holzbaracken den Zuschlag. Der Slogan „schnellste Beschaffungsmöglichkeit, da sofort lieferbar“ entpuppte sich jedoch bald als Trugschluss.² Da die Firma zwar in München eine Filiale, ihren Hauptsitz aber in Dresden hatte, verzögerte sich die Anlieferung der Fertigteile aufgrund einer Bahnsperre und logistischer Probleme. Erst im Februar 1919 konnten drei Baracken mit zehn Wohnungen und zwei Baracken mit 20 Wohnungen im Münchner Süden an der Boshetsrieder Straße aufgestellt werden. Trotz des offenkundigen

² Schreiben der Firma Hönsch (Oktober 1918), Stadtarchiv München, DE-1992-WOHN-010.



Kat.-Nr. 1.1a



Kat.-Nr. 1.1b

Charakters eines Notbehelfs – so wurden die Dächer lediglich mit Pappe eingedeckt und geteert – erhielt jede Barackenwohnung einen kleinen Garten, der zur Selbstversorgung gedacht war.

Daneben fingen traditionelle Fürsorgeeinrichtungen wie die städtischen Obdachlosenhäuser in der Entenbachstraße und in der Lothstraße die gänzlich Unversorgten auf. Eine weitere Unterkunft war einem ungewöhnlichen Handel mit der Kirche zu verdanken: 1911 hatte die Stadt der neu gegründeten Pfarrgemeinde St. Korbinian eine Schulbaracke in der Thalkirchner Straße als vorübergehende Notkirche bis zur Fertigstellung des Kirchenneubaus unter der Bedingung übergeben, die hinter dem Hochaltar gelegenen Barackenräume als Obdachlosenasyll zu nutzen.

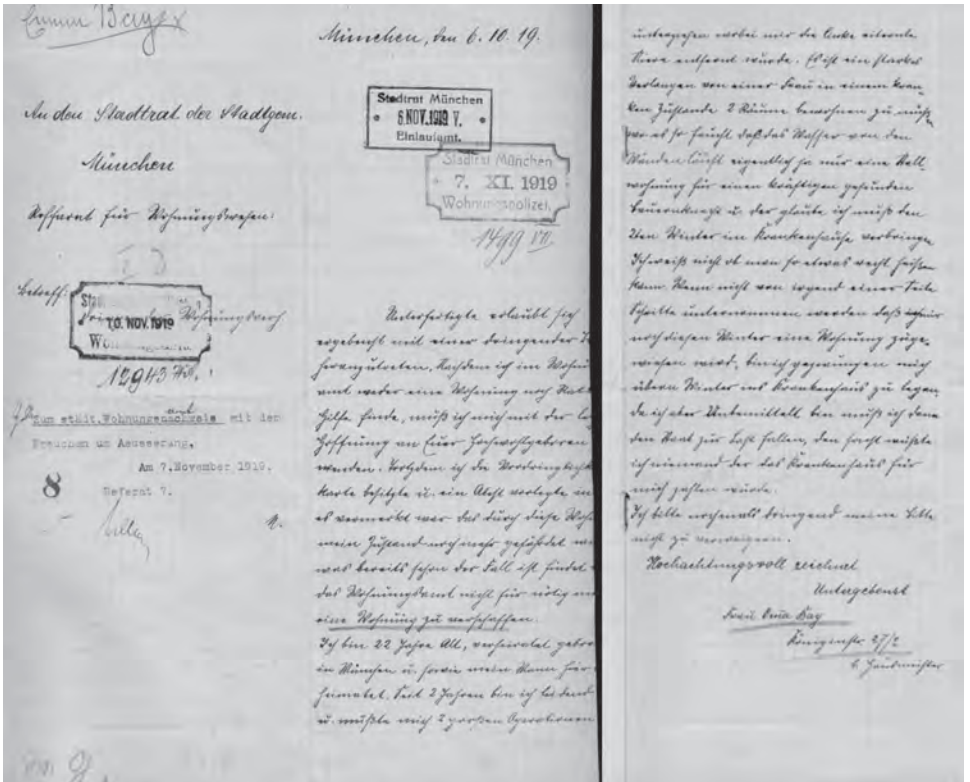
Bereits während des Krieges war angesichts der Notumstände der private Wohnungsmarkt einer Zwangsbewirtschaftung unterworfen worden. Diese Wohnraumbewirtschaftung wurde nach der Revolution unter der Landesregierung von Johannes Hoffmann (SPD) ausgebaut und in die Hände der Kommune gegeben. Die Mieten wurden

gedeckt, Mieterhöhungen, Kündigungen und Neuvermietungen bedurften der behördlichen Zustimmung, die private Wohnungsmittlung wurde untersagt. Im März 1919 erhielt das Wohnungsamt die Befugnis, Wohnungslose in große Wohnungen mit überschüssigen Zimmern einzuquartieren.

Wer wie die Münchnerin Emma Bay und ihr Ehemann im Mai 1919 eine neue Wohnung suchte, musste sich beim städtischen Wohnungsamt melden, von wo aus nach Dringlichkeit zugeteilt wurde. Emma Bay war nach ihren eigenen Worten „unbemittelt“, seit zwei Jahren krank und hatte bereits zwei Operationen hinter sich. Ihre Wohnung bestehe aus zwei Räumen, in denen es so feucht sei, „daß das Wasser von den Wänden läuft“. Die Wohnung eigne sich höchstens als „eine Stallwohnung für einen kräftigen gesunden Bauernknecht u. der glaube ich muß den 2ten Winter im Krankenhause verbringen“. Obwohl Bay eine Vordringlichkeitskarte und ein ärztliches Attest vorweisen konnte, bekam sie beim Wohnungsamt keine neue Wohnung zugewiesen, weshalb sie sich im Herbst mit der Bitte um Hilfe an den Stadtrat wandte. Andernfalls sei sie „gezwungen, mich übern Winter ins Krankenhaus zu legen“.

Bays Schreiben veranschaulicht, dass die 225 Mitarbeiter des Münchner Wohnungsamts (Stand 1921) nur Mangelverwaltung betreiben konnten: Noch 1924 warteten die meisten Antragsteller von 1919 vergeblich auf eine neue Wohnung.

Die Titelseite des Neuen Münchener Tagblatts vom Dezember 1928 mit sechs Bildern vom „Münchener Wohnungselend“ illustriert, dass auch lange nach dem Krieg während der vorübergehenden Aufschwungphase der sogenannten Goldenen Zwanziger die Wohnungsnot ein akutes und öffentlich diskutiertes Problem blieb. Die Fotos wurden der Zeitung – angesichts wohnungspolitischer Auseinandersetzungen sicher nicht ohne Hintergedanken – vom Wohnungsreferat zugeleitet. Tatsächlich stammen jedoch zumindest drei Bilder bereits aus dem Jahr 1921. Damals veranstalteten Münchner Ärzte eine viel beachtete öffentliche Tagung über die Zustände, in denen viele Kinder in der Stadt lebten. Zur Veranschaulichung der Lage wurden im Vorfeld mehrere Fotos aufgenommen und nach der



Kat.-Nr. 1.1c

Tagung in der Broschüre „Das Münchner Kind nach dem Kriege“ veröffentlicht.

- a) Plan, Papier, 34 x 54 cm.
Stadtarchiv München, DE-1992-WOHN-010.
- b) Postkarte, Fotopapier, 9 x 14 cm.
Stadtarchiv München, DE-1992-FS-PK-STB-04755.
- c) Schreiben, Papier, 28,5 x 21,5 cm.
Stadtarchiv München, DE-1992-WOHN-009.
- d) Zeitung, Papier, 51 x 31,5 cm.
Stadtarchiv München, DE-1992-01/Av. Bibl.-Z-10-1928.

Literatur: Geyer. – Preis. – Das Münchner Kind nach dem Kriege.

1.2 Die politische Auseinandersetzung um die Wohnungsfrage

- a) 1924
Wahlplakat der KPD
- b) 1929
Wahlplakat des Grund- und Hausbesitzervereins München
- c) 3. Februar 1919
Sitzungsprotokoll der Wohnungskommission

Die (kommunal-)politische Brisanz der Wohnungsnot zeigte sich nicht zuletzt in den aufgeheizten Wahlkämpfen der Weimarer Republik. Auf der einen Seite forderte die Kommunistische Partei nach den weitgehend gescheiterten Sozialisierungsversuchen während der Revolutionen von 1918/19, wenigstens den Kleinwohnungsneubau vollständig zu kommunalisieren. Über den 1924 in München gegründeten Verein zur Vertretung der Wohnungslosen wollte die KPD gezielt das prekäre Milieu organisieren und für die Stadtratswahl im selben Jahr mobilisieren. Dabei erhielten die Münchner Kommunisten immerhin fünf von 50 Sitzen.

Den Gegenpol repräsentierte der 1879 gegründete Grund- und Hausbesitzerverein, der bei Kommunalwahlen mit einer eigenen Liste antrat. Seine Hauptbemühungen richteten sich gegen tatsächliche und angebliche Bestrebungen der linken Arbeiterparteien KPD und SPD





Kat.-Nr. 1.2b

zur Einschränkung oder Enteignung der Eigentümer von Mietwohnungen. Das Plakat zur Kommunalwahl 1929 mit der Aufschrift „Rot ist dein Tod“ bringt dies drastisch zum Ausdruck. Weiter forderte der Verein die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Bevorzugung privater Bauunternehmer vor Baugenossenschaften. Aus der Wahl ging die Liste Hausbesitz mit zwei Stadtratsitzen hervor. Tatsächlich erreichten die seit 1924 in München wieder dominierenden bürgerlichen Kräfte, dass die Zwangswirtschaft schrittweise abgebaut und 1933 endgültig aufgehoben wurde.

Weitgehend unbestritten war jedoch, dass eine mittelfristige Entspannung der Lage nur durch den Bau neuer Wohnungen zu erreichen war. Das wichtigste wohnungspolitische Mittel der Kommune wurden daher die finanziellen Unterstützungen, welche die Stadt München bereits seit 1908 Bauunternehmungen zukommen ließ, die sich Grundsätzen der Gemeinnützigkeit verpflichteten. Seit 1918 legte der Stadtrat jährlich ein umfangreiches Bauprogramm von mehreren Millionen Mark auf, dessen Mittel vor allem den Münchner Wohnungsbaugenossenschaften, -vereinen und -gesellschaften zugutekamen.

Bei der Frage, an welche Projekte die Gelder fließen sollten, prallten jedoch etwa in der Sitzung der Wohnungskommission vom 3. Februar 1919 bürgerlich-liberale und sozialpolitische Auffassungen aufeinander. Dabei sorgte auch der bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ebenso häufig wie unterschiedlich gebrauchte Begriff der „Siedlung“ für Kontroversen. Mit „Siedlung“ konnte erstens lediglich ein geschlossener Blockbau mit ausreichender Innenhofgröße, zweitens eine einheitlich gestaltete Großanlage im mehrgeschossigen Zeilenbau in neu erschlossenem Terrain oder drittens eine in ländlichem Stil gestaltete Heimstättenanlage aus mehreren Eigentümshäusern mit einem hohen Anteil von Grünflächen gemeint sein.

In jener Sitzung sprach sich Wohnungsreferent Karl Helmreich dafür aus, die für das Jahresbudget des Wohnungsbauprogramms verbleibenden Mittel nicht in „Mietskasernen“, sondern in „große siedlungsmäßige Projekte“ zu investieren. Offenbar sprach sich Helmreich damit für die drittgenannte Bedeutung des Begriffs im Sinne von Eigenheimkolonien aus. Diese entsprachen eher den finanziellen

Möglichkeiten und ästhetischen Bedürfnissen des „Mittelstands“, deren Berücksichtigung auch der liberale Magistratsrat Karl Hübsch einforderte.

Allerdings verwahrte sich der Gemeindebevollmächtigte Wilhelm Märkl (BVP) gegen die abwertende Bezeichnung der günstigen Kleinwohnungsbauten der Genossenschaften als „Mietskasernen“. Auch der spätere Erste Bürgermeister Eduard Schmid (SPD) äußerte seine Bedenken gegen „Gartenstadtprojekte“, die sich Arbeiter kaum leisten könnten, worauf er sogar vom Nationalliberalen Max Jodlbauer Zustimmung erhielt. Der Leiter des Wohnungsamts Albert Gut wiederum verteidigte den Siedlungsbau, der nicht ausschließlich aus teuren Einfamilienhäusern bestehen müsse, sondern auch in Reihenhaushausform umgesetzt werden könne.

- a) Plakat, Papier, 15 x 40 cm.
Stadtarchiv München, DE-1992-PL-1082.
- b) Plakat, Papier, 118 x 84 cm. Künstler: Joseph Nikolaus Geis (1892–1952).
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung 5415.
- c) Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll mit handschriftlichen Korrekturen,
Papier, 33 x 21,5 cm.
Stadtarchiv München, DE-1992-WOHN-008.

Literatur: Haerendel (Kommunale Wohnungspolitik 1999). – Preis. – Stracke.

Quellen: Grund- und Hausbesitzerverein München (Hrsg.), Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens des Grund- und Hausbesitzervereins München e.V., München 1929. – Münchener Bürger- und Hausbesitzerzeitung. Offizielles Organ des Grund- und Hausbesitzervereins München e.V. (1929). – Polizeidirektion München (Hrsg.), Die Kommunistische Bewegung in Bayern unter Berücksichtigung der südbayerischen Verhältnisse. Nur für den amtlichen Gebrauch, München 1926.

1.3 Sozialer Wohnungsbau I: Die Kommune fördert

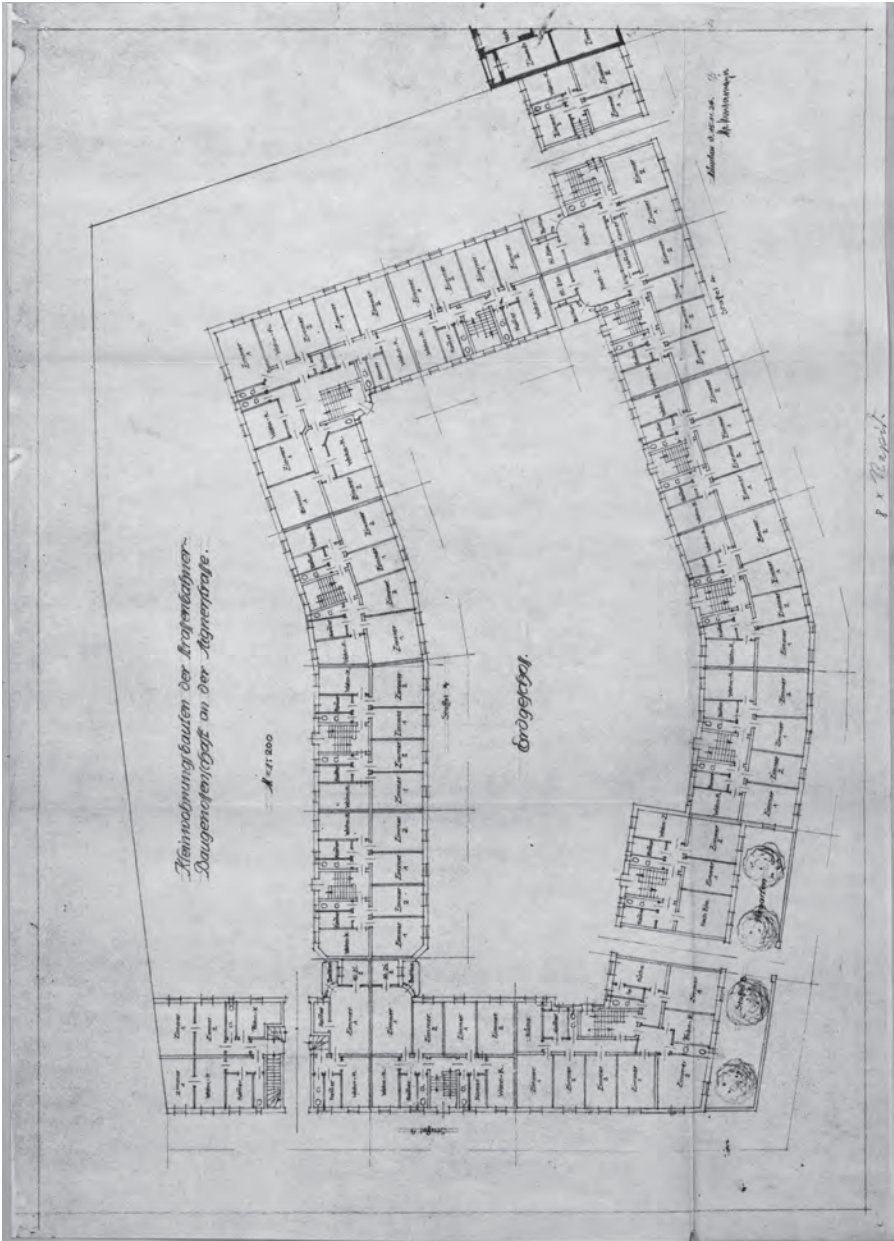
- a) 15. November 1924
Grundriss zur Wohnanlage der Straßenbahnerbaugenossenschaft an der Aignerstraße (Vorprojekt)
- b) um 1930
Straßenbahnerwohnanlage Aignerstraße 1

Im Ergebnis förderte der Stadtrat eine breite Palette unterschiedlicher Zielgruppen, Träger und Bauformen. Darunter fielen die von einer Baugesellschaft Münchner Industriebetriebe für deren Arbeiter errichtete Siedlung Alte Heide als erste Großanlage im modernen Zeilenbaustil, die vom Bauunternehmer Bernhard Borst für Bedürfnisse der Mittelschicht errichtete und eher konservativ gestaltete Anlage Borstei oder der Mietshausblock des Wohnungsbauvereins München an der Urbanstraße. Der Hauptanteil der geförderten Projekte entfiel jedoch auf die boomenden Baugenossenschaften.

Ein Beispiel ist die 1912 gegründete Genossenschaft der Münchner Straßenbahner. Mit städtischer Unterstützung ließ die Genossenschaft zwischen 1925 und 1928 vom Architekten Hans Hintermayer und der Baufirma Berlinger München-Ost ihre Anlage im Arbeiterviertel Giesing um einen Block von 135 Wohnungen mit Innenhof erweitern. Der Bau bestand größtenteils aus Zwei- und Dreizimmerwohnungen mit einem durchschnittlichen Mietpreis von 85 Pfennig pro Quadratmeter. Bis heute sticht das fünfstöckige Eckgebäude mit einer Straßenbahnerstatue und historistischem Staffelgiebel heraus, in dem sich auch geräumigere Vier- und Fünfstückwohnungen befanden.

Für Ärger sorgte zwar, dass gerade die laut Wohnungsreferent Helmreich „besonders gut bedacht[e]“ Genossenschaft bei der Vergabe der Wohnungen offen gegen die städtischen Förderungsbedingungen verstieß, indem sie vier Mieter annahm, die beim Wohnungsamt noch nicht für eine Wohnung vorgemerkt waren.³ Dennoch ließ es

³ Sitzungsprotokoll des Wohnungsausschusses (3.2.1926), Stadtarchiv München, DE-1992-RP-699/9.



Kat.-Nr. 1.3a

sich die Genossenschaft nicht nehmen, bei der Einweihung ihr aktives Verbandsleben zu zelebrieren: Die beteiligten Bauarbeiter zogen begleitet von der Straßenbahnerkapelle zur festlichen Bewirtung in das Genossenschaftsgasthaus Aignerhof ein, das in die Gebäudeanlage integriert war.

- a) Handgezeichneter Plan, Papier, 42,5 x 59,5 cm.
Stadtarchiv München, DE-1992-LBK-00423.
- b) Foto, Fotopapier, 23 x 29,5 cm.
Stadtarchiv München, DE-1992-FS-STB-1504-12 M.

Literatur: Preis. – Stracke.

Quellen: Stadtarchiv München, DE-1992-ZA-18648. – Stadtarchiv München, DE-1992-RP-699/9.

1.4 Sozialer Wohnungsbau II: Die Kommune lässt bauen

- a) 1926
Delegation der Stadt München, amerikanische Amtsträger und Vertreter amerikanischer Banken in Buffalo (USA, Bundesstaat New York)
- b) 1927
Gebaute und geplante Wohnbauten mit öffentlicher Finanzierung
- c) um 1930
GEWOFAG-Siedlung Neuhausen

Die Stadt selbst hielt sich mit Wohnbauaktivitäten zunächst zurück. Sie gründete lediglich 1918 als Mehrheitseignerin die „Gemeinnützige Wohnstättengesellschaft München“ (GWG), die bis zu ihrer inflationsbedingten Stilllegung 1924 gemeinnützige Bauprojekte beriet und betreute. Über die GWG beteiligte sich die Stadt zudem 1919 an der „Gemeinnützigen Heimstätten-Aktiengesellschaft“ (HEIMAG), deren Gründung auf die Initiative der „Ortsvereinigung Angestellten-

Heimstätten“ zurückging. Ihr Metier war allerdings vorrangig der Bau von Eigenheimen für Bessergestellte in bescheidenem Ausmaß.

Die vor allem in den wirtschaftlichen Aufschwungjahren 1924 bis 1927 ausgeweiteten Förderungen von Stadt und Staat führten dazu, dass zwischen 1919 und 1927 11.866 neue Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gebaut wurden. Um die Wohnungsnot jedoch wirklich zu überwinden, reichte die Unterstützung vieler kleinerer Bauprojekte wie desjenigen der Straßenbahnergenossenschaft nicht aus. Noch 1927 zählte man 33.005 Wohnungssuchende in München.

Daher entschloss sich der 1925 neu ins Amt gewählte Erste Bürgermeister Scharnagl, neue wohnungspolitische Schritte zu wagen. Scharnagl nahm nicht nur Kredite bei einheimischen Geldhäusern auf, sondern reiste zu diesem Zweck 1926 zusammen mit Rechnungsprüfer Andreas Pfeiffer und Stadtdirektor Ferdinand Morath als erster Vertreter einer deutschen Stadt nach dem Ersten Weltkrieg in die USA. Der Gruppe schloss sich auch Stadtrat Josef Humar vom Grund- und Hausbesitzerverein an, der die Reise als Vertreter der Münchner Immobilienbranche für eigene Geschäfte nutzte.

Ein Fotoalbum belegt, wie die Delegation die Metropole New York erkundete, die Scharnagl als „riesenhaft, gewaltig“, als „Stadt aller Dimensionen“ wahrnahm. Der Oberbürgermeister bemühte sich, die „Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu festigen“.⁴ Scharnagl genoss ein vom Bayerischen Volksfestverein New York organisiertes Festmahl und lud Bürgermeister Jimmy Walker beim Empfang in der City Hall zu einem Gegenbesuch nach München ein, um dort vom berühmten bayerischen Bier zu kosten. Vor allem aber nahm Scharnagl beim New Yorker Bankhaus Harris, Forbes & Co. einen Kredit in Höhe von 8,9 Millionen Dollar auf, der zusammen mit einer Londoner Anleihe von 1,6 Millionen Pfund eine wesentliche Ausweitung der Bauprogramme ermöglichte.

Neben der Beschaffung von Auslandskapital stellte ein Mehr an kommunaler Initiative die entscheidende Neuerung dar, für die Scharnagl

⁴ Fotoalbum „Amerika-Reise Januar – Februar 1926“, Stadtarchiv München, DE-1992-FS-ALB-32.

im Beamten Karl Sebastian Preis die treibende Kraft fand. Obwohl dieser als SPD-Mitglied der politischen Konkurrenz angehörte, löste Preis 1927 Helmreich als Wohnungsreferent ab und arbeitete ein neues Gesamtbauprogramm aus, das er im Dezember 1927 gemeinsam mit der Denkschrift „Die Beseitigung der Wohnungsnot in München“ dem Stadtrat vorstellte: Mit Geldern aus öffentlichen Mitteln sowie vom privaten Inlands- und Auslandskapitalmarkt sollten innerhalb von drei Jahren die ermittelten fehlenden 12.000 kleinen und mittleren Wohnungen errichtet werden.

In seiner Denkschrift stellte Preis „die Frage: soll die Gemeinde bauen?“⁵ Er bejahte sie, „wenn die Gemeinde nicht als politische und politisierende Körperschaft auftritt, sondern als privatwirtschaftliche Unternehmerin“. Damit war der auch für die bürgerlichen Parteien im Stadtrat tragbare Kompromiss zwischen öffentlichem Engagement und privatwirtschaftlicher Form gefunden. Preis schlug anstelle der stillgelegten und ohnehin nur baubegleitend tätigen GWG die Gründung einer neuen Wohnungsbaugesellschaft vor. Diese sollte unter städtischer Beteiligung und Kontrolle „die gleiche Selbständigkeit wie bei einem privaten Unternehmen“ aufweisen, „solid und preiswert und vor allem wirklich gemeinnützig“ arbeiten sowie die „freie Initiative, die schnelle Entscheidung und die Möglichkeit selbständiger Handlung“ nutzen. Tatsächlich erfolgte 1928 die Gründung der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge AG (GEWOFAG) mit der Stadt als Mehrheitseignerin, die alleine die Hälfte des Gesamtwohnungsbauprogramms realisieren sollte.

Bis 1930 errichtete die GEWOFAG die fünf Großsiedlungen Neuharlaching, Neu-Ramersdorf, Walchenseeplatz, Friedenheim und Neuhausen. Die Weltwirtschaftskrise verhinderte zwar die vollständige Umsetzung des Bauprogramms, doch konnten 5.429 der geplanten 5.735 Wohnungen gebaut werden. Allein die von Hans Döllgast konzipierte Siedlung Neuhausen bot 1.900 neue Wohnungen zwischen 58 und 105 Quadratmetern. Der Block im Westen der Siedlung konnte angesichts der zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten erst 1930 nach einer neuerlichen Kreditaufnahme in den USA realisiert wer-

⁵ Preis, Beseitigung der Wohnungsnot, S. 119.

den, weshalb der Abschnitt als „Amerikanerblock“ bekannt wurde. Die Mischung moderner Elemente, wie Zeilenbau, Einheitlichkeit und nüchterne Form, mit traditionellen Faktoren, wie Blockbau, Ziegeleinsatz und geneigten Dächern, verkörpert einen eigenständigen „Münchner Weg“, der auch die politischen Verhältnisse im Rathaus widerspiegelt.

Die Weltwirtschaftskrise brachte den gerade begonnenen kommunalen sozialen Wohnungsbau in München schnell wieder zum Erliegen. Seine politischen Protagonisten fielen bald der Machtübernahme der Nationalsozialisten zum Opfer. Als am 9. März 1933 die SA das Rathaus besetzte, gelang Karl Sebastian Preis gerade noch die Flucht. Er wurde aller Ämter enthoben und musste sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Elf Tage später gab Karl Scharnagl dem Druck nach und trat als Oberbürgermeister zurück. Die GEWOFAG dagegen überdauerte das NS-Regime und ist heute mit 36.000 Wohnungen die größte Vermieterin in München.

- a) Foto, Fotopapier, 17 x 24 cm.
Stadtarchiv München, DE-1992-FS-ALB-32.
- b) Gedruckte Karte, Papier, 33 x 41,5 cm (Reproduktion), Beilage zu Karl Sebastian Preis, Die Beseitigung der Wohnungsnot in München. Denkschrift und Anträge des städt. Wohnungsreferenten vom 24. Dezember 1927, München 1927 (farb. Abb. s. Umschlag).
Stadtarchiv München, 01/Av. Bibl. 17618.
- c) Foto, 13 x 18 cm.
GEWOFAG.

Literatur: Haerendel (Kommunale Wohnungspolitik 1999). – Preis. – Krämer. – Walter.

Quelle: Scharnagl.



Kat.-Nr. 1.4c

2. „Jede Familie im eigenen Heim, auf eigenem Grund und Boden.“ – NS-Siedlungsbau in Nürnberg

Wie sehr Wohnungspolitik in jedem politischen System ein Spiegel der vorherrschenden Überzeugungen und Ordnungsvorstellungen ist, wird am Beispiel der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts besonders deutlich. Während der ersten Jahre der nationalsozialistischen Diktatur forcierte die neue Regierung die Errichtung von Wohnsiedlungen in vorstädtischer Randlage, bestehend aus Einfamilien- und Doppelhäusern auf großen Gartengrundstücken. Unter aktiver Mitarbeit der zukünftigen Bewohner am Bau sollte auch Arbeiterfamilien die Möglichkeit zum Erwerb von Wohneigentum eröffnet werden. Der eminent politische Charakter dieser neuartigen Wohnform tritt erst im scharfen Kontrast zu den zeitgleich in der Sowjetunion entstehenden Kollektiv- oder Kommunehäusern mit dem Ziel der Vergesellschaftung des Privat- und Familienlebens in aller Klarheit hervor.

Wie auch andernorts, war der Siedlungsgedanke in Nürnberg zunächst aus der Not geboren. Während des Ersten Weltkriegs war der Neubau von Wohnraum praktisch zum Erliegen gekommen. Nach der Demobilisierung standen zahllose Kriegsheimkehrer vor dem wirtschaftlichen Nichts. Um Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu bekämpfen, aber auch zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Friedens, begannen bereits 1919 auf Initiative der Militärbehörden und des Nürnberger Arbeiter- und Soldatenrates die Arbeiten an einem großangelegten Siedlungsprojekt im Loher Moos und in Buchenbühl im Nordosten der Stadt.

Nach wenigen Jahren der politischen und ökonomischen Stabilisierung traf die Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre Deutschland hart und trug wesentlich zur Destabilisierung der demokratischen Republik bei. Massenarbeitslosigkeit führte zur Verelendung

weiter Bevölkerungsschichten. In dieser Situation entdeckte die Regierung von Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) den Siedlungsbau als sozialpolitische Maßnahme wieder: Die Familien von Erwerbslosen und Kurzarbeitern sollten nach den Richtlinien des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung durch die Ansiedlung auf Gartengrundstücken zur teilweisen Selbstversorgung befähigt und damit die öffentlichen Fürsorgelasten gesenkt werden. Zudem erhoffte man sich durch das Siedlungsprogramm abermals eine Beruhigung der angespannten politischen Lage.

Die Errichtung eines Familienheims samt Nutzgarten, um der Wohnungs-, Arbeits- und Perspektivlosigkeit zu entgehen, entsprach auch in Nürnberg durchaus den Wünschen vieler Menschen. Mancherorts entstanden auf öffentlichem oder privatem Grund aus Eigeninitiative wilde Siedlungen wie etwa der Lausige Ärmel in Mögeldorf. Aus nationalsozialistischer Sicht waren diese behelfsmäßigen Laubenkolonien „die sichtbare Hinterlassenschaft des marxistischen Systems, während der Nationalsozialismus jedem nach seinen Kräften in Verbindung von Blut und Boden Raum für Heim und Familie schaffen will.“⁶ Auch die planmäßigen Siedlungsunternehmungen der Weimarer Republik stießen bei den neuen Machthabern auf scharfe Kritik: Während der Staat bisher Arbeitslosen die Möglichkeit zum Erwerb von Eigenheimen eröffnet habe, sei dies den in Lohn und Brot befindlichen Volksgenossen verwehrt geblieben.

Der Siedlungsbau war kein genuin nationalsozialistisches Projekt, nach 1933 wurden nur die in der Weimarer Republik entwickelten Konzepte angepasst und weitergeführt. Der erste Rechenschaftsbericht der NS-Stadtverwaltung für das Jahr 1933/34 verwies stolz auf die großen Fortschritte im Bereich des Siedlungswesens in Nürnberg, obwohl viele dieser Unternehmungen noch unter Oberbürgermeister Hermann Luppe (DDP) angestoßen worden waren. Die neuen NS-Arbeitersiedlungen Schwaig, Buchenbühl und am Südfriedhof richteten sich jedoch explizit an Vollbeschäftigte. Die Errichtung von Eigenheimen entsprach in vielerlei Hinsicht den ideologischen Vorstellungen der neuen Machthaber. Der NSDAP-Wirtschaftspolitiker und

⁶ Arbeit der Stadtverwaltung, S. 32f.

Reichskommissar für das Siedlungswesen Gottfried Feder stellte die Bedeutung des Siedlungsgedankens innerhalb der Weltanschauung des Nationalsozialismus heraus, indem er auf den fundamentalen Gegensatz zwischen der „Siedlerrasse des Germanentums“ und dem „parasitären Nomadentum“ der Juden hinwies.⁷ In der Auswahl, Betreuung und Schulung der Siedler sah er eine vorrangige Aufgabe der neugegründeten Heimstättenämter der NSDAP. Durch das Reichsheimstättengesetz vom 10. Mai 1920, das auch nach 1933 noch rege Anwendung fand, erhielten einige der Nürnberger Siedlungen eine besondere Rechtsform, die den Bewohnern zwar einerseits gewisse steuerliche Vorteile brachte, andererseits aber ihr Recht zum Verkauf einschränkte und Kommune und Staat weitreichende Zugriffsmöglichkeiten eröffnete.⁸

Als Bauträger der Siedlungen fungierten in Nürnberg staatliche und kommunale Unternehmen wie das Siedlungswerk oder die Wohnungsbaugesellschaft, aber auch Genossenschaften und private Vereine. Große Wirtschaftsunternehmen wie die Siemens-Schuckertwerke und die MAN griffen den Siedlungsgedanken auf und unterstützten ihre Mitarbeiter finanziell bei der Errichtung von Kurzarbeitersiedlungen am südlichen Stadtrand. Eine Sonderrolle kommt den sogenannten Primitivsiedlungen südlich der Werderau zu. Obwohl der dort errichtete Kleinhaustyp, das Nürnberger Haus mit nur 42 Quadratmetern Wohnfläche ohne Wasser- und Stromanschluss, auch 1934 auf der Deutschen Siedlungsausstellung in München-Ramersdorf präsentiert worden war, galten sie lediglich als Obdachlosenwohnungen zur Linderung unmittelbarer Notlagen. Ein Übergang in das Eigentum der meist arbeitslosen Bewohner, denen die NS-Machthaber mit Misstrauen begegneten, war nicht vorgesehen.

Bei aller Zufriedenheit der einzelnen Siedlerfamilien mit ihrem neuen Eigenheim fällt die Gesamtbilanz des nationalsozialistischen Siedlungsbaus doch ernüchternd aus: Bis Ende 1936 waren einschließlich der noch in der Weimarer Republik geplanten vorstädtischen Rand-

⁷ Völkischer Beobachter (19.10.1934), Pressedokumentation, Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8803.

⁸ Kunze, Wohnen mit sozialer Bindung.

siedlungen in Nürnberg insgesamt 1.642 Siedlerstellen fertiggestellt worden. In Ermangelung weiteren geeigneten Baulandes und angesichts des hohen Flächenverbrauchs wurde das Siedlungsprogramm nicht fortgesetzt. Auch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft kehrte ab 1936 wieder zum Bau von Mietshäusern zurück. In der Folgezeit dominierte der Bau von kleinen, günstigen Mietwohnungen, die man vorzugsweise in mittelgroßen Sechs- oder Achtfamilienhäusern untergebracht sehen wollte. Die Errichtung von Eigenheimsiedlungen blieb ungeachtet ihrer propagandistischen Hervorhebung nur eine Randerscheinung. Zur Behebung des Wohnungsmangels hatten die seit 1933 angelegten Siedlungen nur einen marginalen Beitrag geleistet. Um 1940 fehlten in Nürnberg je nach Berechnung noch immer zwischen 14.000 und 25.000 Wohnungen. Spätestens mit Kriegsausbruch wurde der öffentliche Wohnungsbau faktisch eingestellt, die Zerstörung von Wohnraum durch britische und amerikanische Luftangriffe verschärfte die Wohnungsnot am Ende des Krieges und in der Nachkriegszeit wieder.

2.1 „Krachbuden der Systemregierung“ – Wohnungsnot in der Zwischenkriegszeit

- a) 8. Juni 1927
Bebilderung eines Zeitungsberichts über den Wohnungsnotfall der Familie B.
- b) 9. Juni 1927
Stellungnahme des Bezirksfürsorgeverbands zum Fall der Familie B.

Bereits Mitte der 1920er Jahre machte die NSDAP das in Nürnberg grassierende Wohnungselend immer wieder zum Thema. Julius Streicher führte im *Stürmer* scharfe Attacken auf die Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Hermann Luppe und die „November-Republik“. In zahlreichen Artikeln zur „Nürnberger Schande“ wurden die unwürdigen Lebensumstände deutscher Arbeiterfamilien unter unzureichenden räumlichen und hygienischen Verhältnissen angeprangert und der Stadt vorgeworfen, zugewandertes „Judengesindel“ bei der Wohnungsvergabe zu bevorzugen.⁹ Die *Fränkische Tageszeitung*, das offizielle Parteiorgan für den Gau Franken, empörte sich im Sommer 1933 über die vielfach im Stadtgebiet vorzufindenden wilden Siedlungen: „Diese einfachen Bretterhäuschen, die zum Kulturstand des deutschen Volkes so wenig passen wie Feuer zum Wasser, sind eine Anklage für das frühere Stadtregiment und kein Schmuck für unser Gemeinwesen.“¹⁰ Dass Bezirksfürsorge und Wohlfahrtsamt in besonders krassen Elendsfällen wie dem der Familie B. die Schuld auch bei den Betroffenen suchten, war Wasser auf die Mühlen der NS-Propaganda.

In den Monaten nach der Machtübernahme inszenierte sich die Partei wie in vielen anderen Städten öffentlichkeitswirksam als Anwalt des kleinen Mannes im Kampf gegen „asoziale Vermieter“, obwohl nach dem Auslaufen des Reichswohnungsmangelgesetzes zum 1. April

⁹ *Der Stürmer* (Nr. 13, 1924), Stadtarchiv Nürnberg, F 4 Nr. 1651.

¹⁰ *Fränkische Tageszeitung* (18.8.1933), Pressedokumentation, Stadtarchiv Nürnberg, C 20/VI Nr. 114.

Ausschnitt aus der Nbrger Ztg. vom 8.6.27.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um die Fam. Max [REDACTED], bestehend aus Mann, Frau und Kind 1½ Jahre alt. Die Eheleute sind seit März 1925 verheiratet. s. Zt. bei einer Fam am Oelberg 23 in einer Dachkammer. Wegen Baufälligkeit musste das Zimmer geräumt werden. Nun zogen die Eheleute B. am 15.1.27 in die Dellingerstr. 47c in eine vom W.A. Nürnberg beschlagnahmte Wohnung, bestehend aus einem Zimmer, einer Kammer und Küche. Aus dieser Wohnung wurden sie am 18.II.27 zwangsweise entfernt. Statt sich zu bemühen ein anderes Zimmer zu bekommen, beute sich B. auf dem von seinem Bruder gepachteten Gartengrundstück - Frankenstrasse Süd - eine Holzbude. Seit dieser Zeit wohnt die Fam. mit dem Kind in dieser Behausung. Die Einrichtungsgegenstände Fam. bestehen aus einem Bett, Stuhl und einem kleinen Tischchen. B. ist im Jahre 1918 nach Nbrg. zugezogen. Ein Arbeitsverhältnis, länger als ein halbes Jahr, kann er nicht aufweisen. Die Erw. Unterstzgt. sicherte sich B. immer dadurch, daß er ab und zu Notstandsarbeiten verrichtete. Seit März voriges Jahre bezogen beide Eheleute E.U. in Höhe von 22,70 M. Ab 1.5.27 bezieht der Ehemann allein 17,10 M E.U. In der Zwischenzeit wurden den Eheleuten vom W.A. 2 mal leere Zimmer zugewiesen. B. behauptete s. Zt., daß er die Zimmer wegen allerlei Umstände nicht nehmen konnte. Dem W.A. ist der Fall hinreichend bekannt. Der Amtsleiter Herr Inspektor Düthorn hat am 9.6.27 mit Hl. Amtmann Bauer, Vorstand des W.A. telephonisch Rücksprache genommen. Von Seiten des W.A. wird alles versucht werden, dem etc. B. ein Zimmer zuzuweisen. Auf eine Wohnung hat B. keinen Anspruch. Es besteht kein Zweifel darüber, daß B. durch vorstehende Veröffentlichung in der Presse - er ist stolz darauf dieselbe selbst veranlaßt zu haben - einen Druck auf die Behörde ausüben will, damit er zu einer Wohnung kommen will.

Bemerkt wird noch, daß die Verhältnisse der Fam. B. durch die geschilderten Wohnungsverhältnisse gegenwärtig sehr missig sind, jedoch dürfte er selbst daran schuld sein.
Nürnberg, den 9. Juni 1927.

Die beigefügten Aufzeichnungen über die Verhältnisse der Fam. B. sind dem W.A. Nürnberg zur Verfügung gestellt. (W.A. Nürnberg) wird zum Besten der Behörde die Aufzeichnungen über die Verhältnisse der Fam. B. in der Zeitung, die am 9. Juni 1927 erschienen sind, veröffentlicht. Die Aufzeichnungen sind dem W.A. Nürnberg zur Verfügung gestellt. (W.A. Nürnberg)

Dr. L. J. / 11/1927

9. Juni 1927

Beige...

1933 – also bereits unter nationalsozialistischer Herrschaft – die Kündigung von Mietverhältnissen deutlich erleichtert worden war. Die inzwischen weitgehend gleichgeschaltete Presse berichtete im Herbst 1933 vom Einsatz der Nürnberger Nationalsozialisten „für Menschlichkeit und Recht“ in Auseinandersetzung mit einem Hauswirt, der sich zwar dreist als alter Parteigänger der Bewegung ausbebe, durch sein schändliches Verhalten aber seine Mieter „zum Kommunismus getrieben“ habe.¹¹ Das Vorgehen anderer Kommunen, die „unsozialen Hausbesitzern“ offen mit „Schutzhaft und Konzentrationslager“ drohten, wurde von der Nürnberger Stadtverwaltung aufmerksam registriert.¹²

- a) Zeitungsausschnitt, Pap., 10 x 7,5 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, C 25/I Nr. 1218.
- b) Schreiben, Pap., 20 x 17,5 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, C 25/I Nr. 1218.

Literatur: Führer (1997).

Quellen: Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8802. – C 20/VI Nr. 114. – C 59 Nr. 41. – F 4 Nr. 1651.

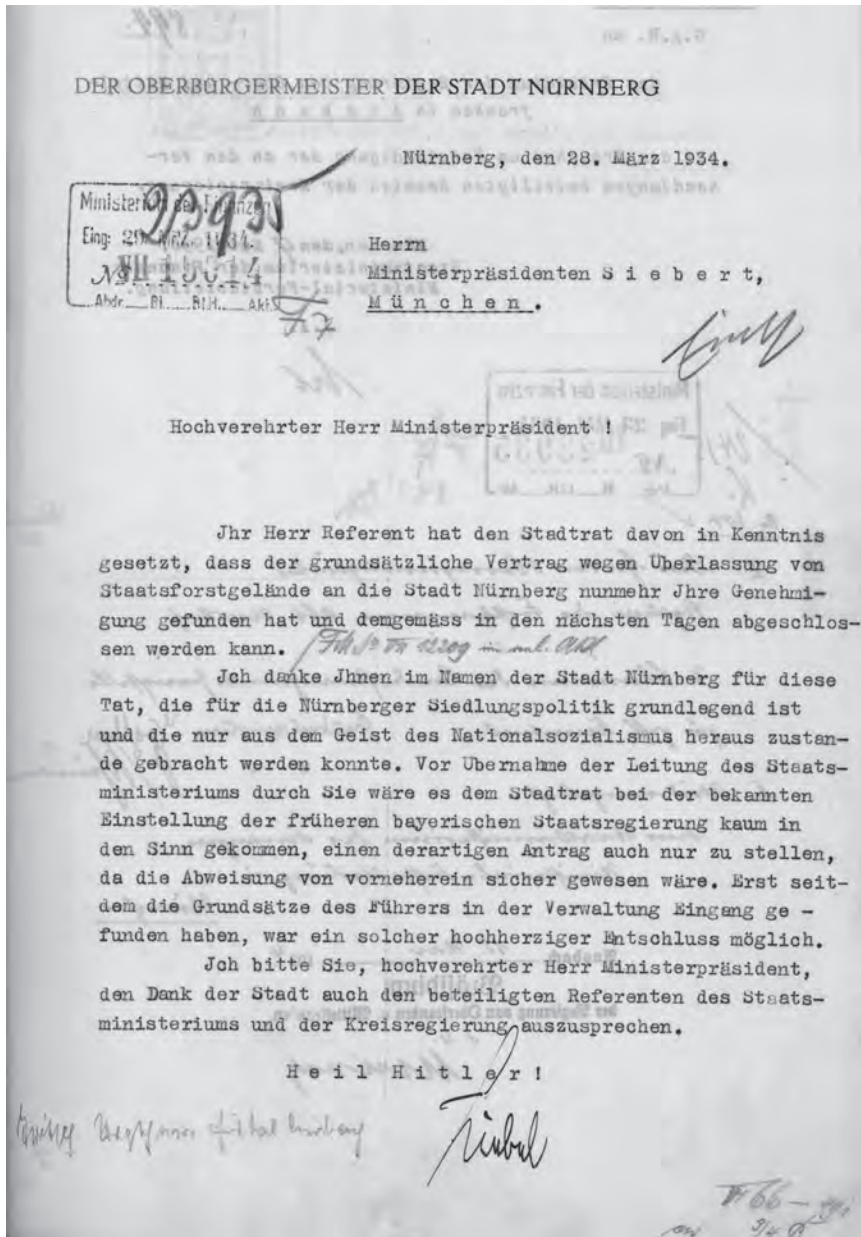
¹¹ Fränkische Tageszeitung (10.10.1933), Pressedokumentation, Stadtarchiv Nürnberg, C 25/I Nr. 1218.

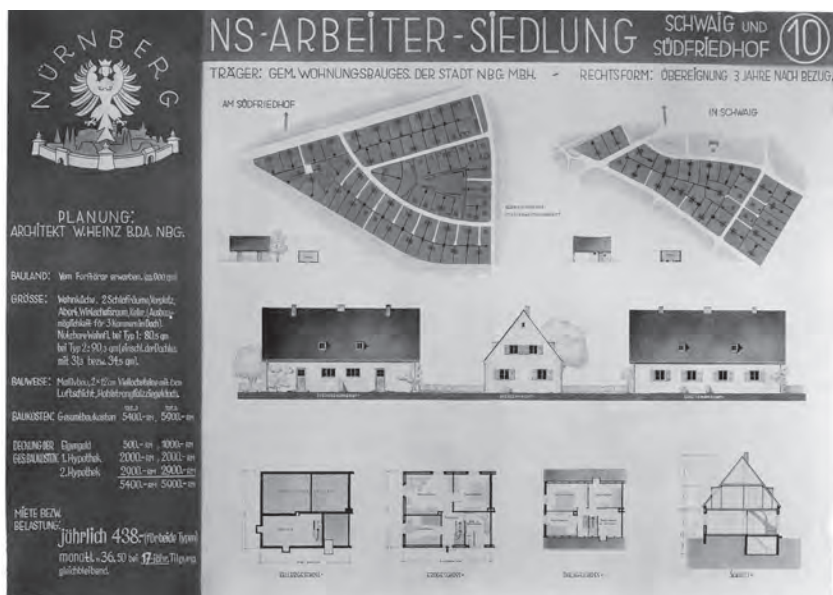
¹² Pressedokumentation, Stadtarchiv Nürnberg, C 25/I Nr. 1218.

2.2 „... aus dem Geist des Nationalsozialismus“ – Siedlungsplanung nach der „Machtergreifung“

- a) 19. Oktober 1933
Siedlungsprojekte in Nürnberg
- b) 28. März 1934
Dankschreiben Willy Liebels an Ludwig Siebert
- c) 1934
Präsentation der Nürnberger NS-Arbeitersiedlungen auf der Siedlungsausstellung in München-Ramersdorf

Bis 1933 waren vor allem kleine Siedlungen im ganzen Nürnberger Stadtgebiet überall dort entstanden, wo billiges Bauland verfügbar war und durch den Anschluss an eine bereits bestehende Infrastruktur die Kosten möglichst gering gehalten werden konnten. Unter nationalsozialistischer Herrschaft trat der Kostenaspekt in den Hintergrund. Die Planungen sahen nun größere, zusammenhängende Siedlungsgebiete am Stadtrand im Stil von Trabantenorten vor. Da die Stadt für ein derartiges Vorhaben nicht über genügend Baugrund verfügte, trat man bereits 1932 mit dem bayerischen Finanzministerium in Verhandlungen ein mit dem Ziel, geeignetes Gelände aus staatlichem Forstbesitz zu erwerben und dieses zeitnah einzugemeinden. Im Frühjahr 1934 konnte endlich eine Einigung erzielt werden. Das Ministerium hatte dem eindringlichen Appell des 2. Bürgermeisters Walter Eickemeyer entsprochen, der eine Beteiligung des Staates an dieser großen sozialpolitischen Aufgabe angemahnt hatte, und stellte Baugrund zu einem Preis zwischen 10 und 30 Reichspfennig pro Quadratmeter zur Verfügung. Überschwänglich dankte Oberbürgermeister Willy Liebel Ministerpräsident Ludwig Siebert, der durch seinen persönlichen Einsatz zum raschen Gelingen des Projekts beigetragen hatte, das „nur aus dem Geist des Nationalsozialismus heraus zustande gebracht werden konnte. [...] Erst seitdem die Grundsätze des Führers in der Verwaltung Eingang gefunden haben, war ein solcher hochherziger Entschluss möglich.“ Die Stadt selbst trat nicht als Käufer auf, sondern vermittelte den Baugrund lediglich an die verschiedenen Siedlungsbaugesellschaften und -genossenschaften. Das





Kat.Nr. 2.2c

Gelände war zweckgebunden für die Siedlung, um Bodenspekulation vorzubeugen. Nicht alle vorgesehenen Siedlungsunternehmungen konnten letztendlich verwirklicht werden, sondern hatten hinter anderen Großprojekten des Regimes zurückzustehen. Die ausgehende Siedlung am Langwasser im Südosten der Stadt, wo rund 600 Familien ein neues Heim hätten finden können, wurde nicht gebaut. Stattdessen wurde das Siedlungsgebiet in die weitläufigen Planungen für das Reichsparteitagsgelände einbezogen.

- gedruckter Plan des Stadterweiterungsamtes mit Eintragungen von Hand, Maßstab 1:30.000, Papier, 52 x 60 cm.
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Finanzministerium 83979.
- Schreiben, Papier, 19,5 x 29,5 cm.
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Finanzministerium 83979.
- Glasplattennegativ, 18 x 13 cm
Stadtarchiv Nürnberg, A 38 Nr. A38-F-20-4.

Literatur: Liedtke. – Mattausch.

Quellen: Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8806. – C 20/VI Nr. 114. – C 30/I Nr. 510.

2.3 Siedlungsbau in Selbst- und Nächstenhilfe

- a) 23. Juli 1933
Gesuch der Siedlergemeinschaft Eibach am Entengraben um Lebensmittelunterstützung
- b) Mai 1934
Siedlung am Entengraben (Eibach)
- c) 19. Februar 1934
Bedenken der Siedlergemeinschaft Nächstenhilfe wegen unqualifizierter Ersatzleute

Zunächst sahen die Nationalsozialisten im Siedlungsbau in Fortführung der Politik der Vorgängerregierungen auch eine mittelfristige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Da die Siedler mangels Kenntnissen meist nur für einfache Hilfstätigkeiten wie die Einebnung des Baugrundes, das Ziehen von Entwässerungsgräben oder den Materialtransport eingesetzt werden konnten, sollten auch gelernte Maurer, Zimmerleute und Dachdecker eine Beschäftigung finden. Von umfangreichen Bestellungen bei Zulieferbetrieben, aber auch durch Straßenbau und den Anschluss der Siedlungen an das Strom- und Wassernetz erwartete man zudem eine allgemeine Belebung des Baugewerbes. Die Siedler galten während ihrer Mitarbeit am Aufbau der Häuser weiterhin als arbeitslos und erhielten Unterstützung vom Arbeitsamt. Dagegen hatten die normalerweise vollbeschäftigten Siedler der NS-Arbeitersiedlungen ihre Arbeitsplätze in der Zeit ihrer Mitwirkung am Hausbau Erwerbslosen zur Verfügung zu stellen. Zur Stärkung des Zusammenhalts der Siedler im Sinne der unablässig propagierten nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und um zu verhindern, dass Einzelne bei der Errichtung des eigenen Hauses größere Sorgfalt walten ließen als bei der Nachbarschaftshilfe, erfolgte die Zuweisung der konkreten Siedlerstelle erst nach Abschluss der Bauarbeiten durch Auslosung.

Da die verschiedenen Maßnahmen der neuen Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Jahreswechsel 1933/34 erste Erfolge zeigten, war es auch einigen Siedlern in der Walter-Flex-Siedlung im Nürnberger Stadtteil Eibach gelungen, neue Arbeitsplätze

Nürnberg, den 23.7.33.

An Herrn

Willi Liebel

Oberbürgermeister

Im Auftrage der Siedler Eibach

Entengraben stellen wir an den Herrn Oberbürgermeister nachstehendes Ersuchen mit folgender Begründung.

Begründung: Die obige Siedler (WA Unterstützung - Empfänger) sind auf Grund ihrer langjähriger Arbeitslosigkeit und infolge der von ihnen zuleistenden schweren Arbeit, nicht in der Lage sich und ihre Familie voll zu ernähren. Durch mehr anspruch des Siedlers auf Frühstück sowie Mittagessen an der Baustelle ist mancher Familie des Siedlers in Schulden geraten.

Aus diesen Grunde bitten wir Herrn Oberbürgermeister uns Siedlern während der Bauzeit um Lebensmittelauswendungen für die Familien.

Obwohl die Stadtgemeinde zur Zeit schwer finanziell zu kämpfen hat, hoffen wir, daß Sie Herr Oberbürgermeister uns unsere Bitte nicht abschlagen und danken Ihnen im voraus herzlichst dafür.

Mit treu deutschen Gruß

Herrn Venter 6/5

Obmann

Nürnberg

M. amme hermeister 3/0

Referat III im Bauamt mit
Referat I
1. 9. 8. v. m. vom Kommandierung.
1. 25. 7. 33.
[Signature]

Empfänger
ERST SAUF
[Stamp]



Kat.Nr. 2.3b

zu finden. Während die Mitglieder des Siedlervereins Nächstenhilfe darum baten, als Ersatz geeignete Facharbeiter gegen Bezahlung aus den Reihen der Wohlfahrtspflichtarbeiter rekrutieren zu dürfen, fürchtete die Baugenossenschaft Selbsthilfe, dass der „Ersatzmann das Interesse nicht aufbringt, das der Siedler an seine Arbeit anlegt“ und verlangte eine Zurückstellung von der Vermittlung während der Bauzeit. Auch während der Bauarbeiten war die wirtschaftliche Lage der Siedlerfamilien weiterhin oft prekär. Voller Hoffnung wandte sich daher der Obmann der Siedlergemeinschaft am Entengraben in Eibach im Sommer 1933 direkt an Oberbürgermeister Willy Liebel mit der Bitte, den Familien Lebensmittelzuwendungen zukommen zu lassen. Dem Gesuch wurde nicht entsprochen, lediglich kinderreiche Familien erhielten Lebensmittelgutscheine. Die zukünftigen Bewohner der NS-Arbeitersiedlung Buchenbühl dagegen, die im Frühjahr 1934 vier Monate lang zur Mitarbeit beim Häuserbau verpflichtet waren, erhielten in dieser Zeit Arbeitslosenunterstützung und wurden

auf Kosten des Wohlfahrtsamtes durch die Nürnberger Nothilfe auf der Baustelle mit Mittagessen versorgt.

- a) Schreiben, Papier, 21 x 28 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, C 25/I Nr. 1234.
- b) Glasplattennegativ, 18 x 13 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, A 38 Nr. A38-F-17-12.
- c) Schreiben, Papier, 20 x 29,5 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, C 25/I Nr. 1243.

Literatur: Führer (2002). – Siedlervereinigung Selbsthilfe.

Quellen: Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8800. – C 7/I Nr. 8918. – C 7/VIII Nr. 65.

2.4 Die Siedlungshäuser

- a) 17./19. Mai 1934
Baupläne des Architekten Wilhelm Heinz für Einzel- und Doppelhäuser in der NS-Arbeitersiedlung am Südfriedhof
- b) 1939
NS-Arbeitersiedlung am Südfriedhof (Worzeldorfer Straße)

Die von der Forschung wiederholt kritisch hervorgehobene Einförmigkeit der Siedlungen der Zwischenkriegszeit, in der man politisches Kalkül zu erkennen glaubte, ist vor allem dem Ziel der Kostensenkung geschuldet. Zudem waren die Häuser so konstruiert, dass auch ungelernete Arbeiter an ihrer Errichtung mitwirken konnten. Zum Einsatz kamen vorwiegend preisgünstige Materialien wie Backsteine aus regionaler Produktion, und das Holz für die NS-Arbeitersiedlung am Südfriedhof wurde vom Forstamt Bodenmais im Bayerischen Wald bezogen. Die Grundstücksgröße betrug abhängig von der Bodenqualität zwischen 600 und 1.000 Quadratmeter, die meist eineinhalbstöckigen Häuser boten je nach Typ zwischen 60 und 90 Quadratmeter Wohnraum mit der Möglichkeit, später auf eigene Kosten den Dachboden auszubauen. Hinzu kamen gegebenenfalls



Kat.Nr. 2.4b

kleine Ställe und Geräteschuppen. Die Finanzierung erfolgte über Hypothekendarlehen, wobei sich der monatliche Schuldendienst im Rahmen der ortsüblichen Mieten zu bewegen hatte. Die einzelnen Siedlungsprojekte waren unterschiedlich konzipiert, um den individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Siedler, unter denen sich Erwerbslose, Kurz- oder Vollarbeiter mit unterschiedlichem Eigenkapital befanden, entgegenzukommen.

Dennoch entsprachen die Siedlerhäuser nicht allen Erwartungen: Das Bezirksamt Nürnberg, formell wegen der noch nicht vollzogenen Eingemeindung zuständig, hatte die NS-Arbeitersiedlung beim Südfriedhof im Herbst 1935 inspiziert und war zu einem ernüchternden Fazit gekommen: „Der Nationalsozialist fordert eine andere Arbeit, als was man dort angetroffen hat. [...] [O]ffene Stoßfugen in den Wänden und Decken, hervorgerufen durch unverputzte Zementplatten

irgendwelcher Art, Risse und Sprünge, feuchte Wände und so weiter, lassen sich nicht entschuldigen.“¹³ Während sich Architekt Wilhelm Heinz gegen den Vorwurf des Pfusches am Bau verwahrte und auf die Vorgabe zur größtmöglichen Kosteneinsparung verwies, sah sich auch die Politik zu einer Intervention veranlasst. Oberbürgermeister Willy Liebel beschwerte sich offiziell beim Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken Hans Dippold über diese „maßlosen, unerhörten und zum Teil sogar vollkommen unwahren Behauptungen“, die Unruhe unter den Siedlern gestiftet hätten. Dem Bezirksamt sei durch die Regierung unmissverständlich klarzumachen, „daß dies nicht die geeignete Art und Form ist, mit dem Oberbürgermeister der Stadt der Reichsparteitage zu verkehren.“¹⁴

- a) Baupläne, Papier, 53 x 29,5 cm u. 41 x 29,5 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, C 29 Nr. 2537.
- b) Glasplattennegativ, 24 x 18 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, A 38 Nr. A38-H-86-7.

Literatur: Harlander. – Geschichtswerkstatt der Siedlungen Süd.

Quellen: Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8931. – C 7/I Nr. 8939. – C 30/I Nr. 237.

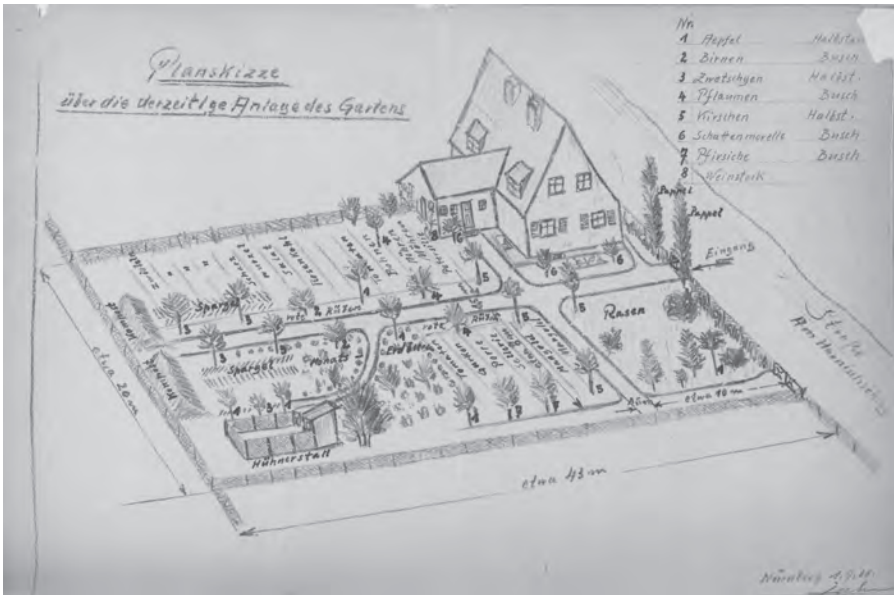
2.5 „Hinaus aus der Stadt!“ – Das Leben in der Siedlung

- a) 1. September 1938
Planskizze des Ludwig Z. über die Anlage seines Siedlergartens
- b) Mai 1940
Rundschreiben der Wohnungsbaugesellschaft über die Gartennutzung im Krieg

Der weit verbreitete Wunsch nach einem Eigenheim im Grünen kam der ablehnenden Haltung der Nationalsozialisten gegenüber der

¹³ Gutachten des Bezirksbaumeisters (4.10.1935), Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8939.

¹⁴ Beschwerde Liebels (9.1.1936), Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8939.



Kat.Nr. 2.5a

Großstadt entgegen. Über die genaue Ausgestaltung der Siedlungspolitik gab es jedoch auch innerhalb der NSDAP Differenzen: Während Landwirtschaftsminister und Reichsbauernführer Walther Darré die „Neubildung des deutschen Bauerntums“ durch Aussiedlung aufs Land propagierte, trieb die Deutsche Arbeitsfront unter Robert Ley mit dem ihr nachgeordneten Reichsheimstättenamt die Errichtung von Eigenheimsiedlungen für die Industriearbeiterschaft voran. Im Sommer 1934 berichtete der Völkische Beobachter euphorisch über die Errichtung von 100 neuen Reichsheimstätten in Buchenbühl und im Loher Moos, die der Traum eines jeden „Volksgenossen [...] der heute noch in der Stadt ohne Licht, Luft und Sonne, in Mietskasernen und Hinterhäusern wohnen muß“ seien und gipfelte in dem Aufruf: „Hinaus aus der Stadt! Licht, Luft und Sonne, Wald und Felder, Wiesen und Blumen für uns und unsere Kinder!“¹⁵ Das Siedlungswerk

¹⁵ Völkischer Beobachter (28. Juli 1934), Pressedokumentation, Stadtarchiv Nürnberg, C 25/I Nr. 1222.

Nürnberg betonte die Ziele seiner Tätigkeit: „Die Auflockerung der Großstädte, die Selbsthaftmachung und Bodenständigkeit der Bevölkerung ist eine der größten bevölkerungspolitischen Aufgaben im neuen Reich.“¹⁶ Um den Neusiedlern rasch die Selbstversorgung von eigener Scholle zu ermöglichen, stattete der Bauverein der Siemens-Schuckertwerke seine Mitglieder nicht nur mit sechs Hühnern und diversen Obstbäumchen, sondern auch mit einem Startpaket aus Sämereien, Dünger und Gartenwerkzeugen aus.

Der Anbau von Obst und Gemüse, aber auch die Zucht von Kleintieren dienten von Anfang an nicht nur praktischen Zwecken, sondern hatten einen deutlich erkennbaren ideologischen Hintergrund. Das Heimstättenamt des Gaues Franken der DAF unterschied klar zwischen bloßem Wohn- und echtem Siedlungsbedürfnis. Die Baugenossenschaft Selbsthilfe erwog im Herbst 1938 die Kündigung eines ihrer Mitglieder: „H. ist ein fauler, nachlässiger und interesselooser Volksgenosse, dem ein mit Mitteln der Allgemeinheit finanziertes und deshalb wertvolles Eigenheim nicht zusteht. [...] H. wird eben nie ein Siedler.“¹⁷ Die Angelegenheit zog sich über mehrere Jahre hin und verlief letztlich im Sande, da der Betreffende inzwischen zum Kriegsdienst eingezogen worden war, seine Frau das Grundstück leidlich in Ordnung hielt und man annahm, „dass der Siedler H. sich bei der Wehrmacht gebessert hat.“¹⁸

Ludwig Z., Bewohner der MAN-Siedlung am Harnischschlag, erhielt im September 1938 eine offizielle Rüge seiner Siedlergemeinschaft wegen seines verunkrauteten Gartens, zudem vernachlässigte er den Anbau von Nutzpflanzen. Diesen Vorwurf wollte Z. nicht auf sich sitzen lassen und reichte deshalb eine detaillierte Planskizze über die gartenbauliche Nutzung seines Grundstücks ein. Darüber hinaus verwies er auf seine hohe Arbeitsbelastung, unter anderem auch durch seine politischen Aufgaben: „[...] ich trage ausser meinem Beruf als Konstrukteur, der immerhin schon durch den 4 Jahresplan infolge

¹⁶ Siedlungswerk Nürnberg, S. 1.

¹⁷ Begründung zur Aufrechterhaltung der Kündigung (22.2.1939), Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8929.

¹⁸ Rücknahme der Kündigung (31.10.1941), Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8929.

An unsere Kleinsthaussiedler nächst der Heisterstrasse.

In dem uns durch unsere Feinde aufgezwungenen Krieg ist es selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen, an seinem Platz und zu seinem Teil unter Anspannung aller Kräfte zur Erringung des siegreichen Endes beizutragen. Eine der vordringlichsten Aufgaben der Heimatfront bleibt dabei, die gesunde und ausreichende Ernährung unseres Volkes zu sichern. Deshalb ergeht hiermit an alle Siedler die dringende Mahnung, nichts zu unterlassen, um das ihnen anvertraute Stück Land wirtschaftlichst zu nutzen, d.h. mit Gemüse, Kartoffeln und sonstigen der Ernährung dienenden Gewächsen anzupflanzen und zu bebauen. Sträucher und Bäume, die keine oder nur ungenügend essbare Früchte bringen, sollen aus den Gärten entfernt werden. Auch die Blumenzucht muss auf ein Mindestmass beschränkt werden.

Wer dieser Aufforderung zuwiderhandelt, versündigt sich am deutschen Volke und hat damit zu rechnen, dass ihm seine Siedlerstelle genommen wird.

Stadt der Reichsparteitage Nürnberg, Mai 1940.

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft
d. Stadt d. Reichsparteitage Nbg. m. b. H.

ppa. *[Handwritten Signature]*

der zu leistenden Überstunden sehr anstrengend ist, auch noch die Pflichten eines politischen Leiters und hier in der MAN-Siedlung ist manchmal Politik nötiger als ein Stück Gemüsebeet.“¹⁹

Die Möglichkeit zur Selbstversorgung aus dem eigenen Garten wurde für viele Siedlerfamilien nach Kriegsausbruch und beginnender Lebensmittelrationierung zum entscheidenden Vorteil gegenüber der restlichen Nürnberger Bevölkerung. Die Stadt erhöhte den Druck zur Ausnutzung auch des letzten Winkels der Siedlungspartellen zum Nahrungsmittelanbau. Die Wohnungsbaugesellschaft drohte jedem mit dem Verlust seiner Siedlerstelle, der nicht seinen Beitrag leistete, „die gesunde und ausreichende Ernährung unseres Volkes zu sichern.“

- a) hektographierte Skizze, Papier, 29,5 x 19,5 cm.
Stadtarchiv Nürnberg C 7/I Nr. 8942.
- b) Rundschreiben, Papier, 19,5 x 29,5 cm.
Stadtarchiv Nürnberg C 25/I Nr. 1245.

Literatur: Führer (2002). – Peltz-Dreckmann.

Quellen: Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8804. – C 7/I Nr. 8929. – C 7/I Nr. 8931. – C 25/I Nr. 1222.

2.6 Die Auswahl der Siedler

- a) 5. April 1943
Überprüfung der Siedler der Siemens-Siedlung durch die Gestapo
- b) 29. April 1943
Politisches Führungszeugnis der Siedlereheleute Johann und Babette A.

War bereits vor 1933 auf die „notwendige körperliche und seelische Eignung“ der Bewerber um eine Siedlerstelle für die „neuen halbländlichen Lebensbedingungen“ geachtet worden, legten die Nati-

¹⁹ Stellungnahme Z.s zu den Vorwürfen (14.9.1938), Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8942.

Gegenstand: Übereignung von Siedlerstellen auf die Siedler nach Ablauf der Probezeit.

- I. Nach dem Erlass des Reichs- und Preussischen Arbeitsministers vom 24. Dezember 1937 IVa 4 Nr. 11/840, bekanntgegeben durch Entschliessung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Abteilung für Arbeit und Fürsorge, vom 25. Februar 1938 Nr. II 1781 a 16, ist es unzulässig, dass Siedler endgültig in die Siedlerstellen eingewiesen werden, die sich noch nach der Machtübernahme staatsfeindlich, namentlich noch marxistisch oder kommunistisch betätigt haben.

Die im beiliegenden Verzeichnis aufgeführten Siedler sollen die bisher mietweise überlassenen Siedlerstellen übertragen erhalten.

II. GR. an die

Geheime Staatspolizei,
Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth,

Ludwigstrasse 36,

mit der Bitte um Stellungnahme im Sinne der Ziffer I.

Am 5. April 1943.

Der Oberbürgermeister der Stadt
der Reichspartei für Nürnberg
-Amt für Wohnungsbau- und
Kleingartenförderung-
Im Auftrage:

Will

Geheime Staatspolizei		
Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth.		
- 6. APR. 1943		Beilagen
Art.		
Vermerk	Sachbearbeiter	Bearbeitung

7.2.2.2.2.2.2.

II F 2.

Der Oberbürgermeister der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg	
eingegangen	9. APR. 1943
<i>WAF</i>	

U. an den

Oberbürgermeister der Stadt der Reichsparteitage
Amt für Wohnungsbau- und Kleingartenförderung

Nürnberg

zurück.

Die in der Liste Kleinsiedlung der Wohnungsgenossenschaft "Sigmund Schuckert, e.G.m.b.H.", beim Südfriedhof aufgeführten 43 Personen haben sich seit der Machtübernahme weder staatsfeindlich noch kommunistisch oder marxistisch betätigt. Zu bemerken wäre jedoch, dass gegen Johann D. [REDACTED], geb. 27.6. 1890 und dessen Untermieter Anzeige wegen Verdachts, ausländischer Rundfunksendungen abgehört zu haben, erstattet wurde. Da ein Nachweis hierfür nicht erbracht wurde, ist ein Verfahren nicht eingeleitet worden.

Nürnberg, den 8. 4. 43
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth
I. A.

Heigleder

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Gauleitung Franken

Gaueschäftsstelle:
Nürnberg - O., Schlageterplatz 5 / Fernruf 22081
Post 26341 / Bankkonten: Nr. 31200 Sparkasse der Stadt
der Reichsparteitage Nürnberg, Zweigstelle 8 / Nr. 2815
Vereinigte Coburger Sparkassen, Hauptzweigstelle
Nürnberg / Postscheckkonto: Amt Nürnberg Nr. 42240



Gau-Organ: „Fränkische Tageszeitung“
Hauptgeschäftsstelle und Ausgabeort: Nürnberg
Ziegelgasse 9, Fernruf 43781/86

Kreis Nürnberg

Fernruf 62556
Bankkonto: Sparkasse der Stadt der Reichsparteitage
Nürnberg Nr. 1154, NSDAP, Kreis Nürnberg

Nürnberg-W, den 29. April 1943,
Spittlertorgaben 13

Das Schreiben v. 13.3.1943
Das Zeichen: IX/P
Unser Zeichen: LB/HZ
(Bei Antwort beachten)

Streng vertraulich!
Der Inhalt der Auskunft darf der davon betroffenen Person unter keinen Umständen bekannt gegeben werden.

Der Kreisleiter

Politisches Führungszeugnis

für: Eheleute Johann und Babette A. [redacted], wohnhaft
Nürnberg, [redacted]

Betreff: Übertragung von Kleinsiedlerstellen.

Auf Grund einer bei der zuständigen Ortsgruppe eingeholten
Auskunft bestehen gegen Genannte in politischer Hinsicht
keine Bedenken.

Johann A. [redacted] ist Mitglied der NSDAP. seit 1.5.1937 unter
der Nr. 5 216 214.



In Vertretung des Kreisleiters:

[Handwritten Signature]
Reich
Kreispersonalamtsleiter

onalsozialisten noch strengere Maßstäbe an die zukünftigen Siedler an.²⁰ Neben der politischen Zuverlässigkeit war auch sicherzustellen, „daß sie zu den gesunden und wertvollen Volksgenossen gehören.“ Kinderreiche Familien und Mitglieder nationaler Verbände, die sich „als Wegbereiter des nationalsozialistischen Staates bewährt haben“, wurden bevorzugt²¹, man strebte eine positive „Auslese der Opfer- und Aufbauwilligen“ an. Damit hatte man nicht immer Erfolg: Im August 1933 musste das Nürnberger Baugenossenschaftskartell konsterniert feststellen, dass sich auf seiner Anwärterliste für ein Haus in der Siedlung an der Trierer Straße „ein Siedler befinde, der nach Dachau gekommen ist“ und für den nun möglichst unauffällig Ersatz gefunden werden musste.²²

Nach einer mehrjährigen Probezeit erfolgte vor dem endgültigen Übergang der Siedlerstelle in das Eigentum ihres Inhabers gemäß einem Erlass des Reichsarbeitsministers Franz Seldte von 1937 eine neuerliche politische Gesinnungsprüfung. Auf Ansuchen des zuständigen städtischen Amtes für Wohnungsbau wurden diskrete, aber gründliche Nachforschungen seitens der Partei und der Geheimen Staatspolizei angestellt, ob sich die Siedler „noch nach der Machtübernahme staatsfeindlich, namentlich noch marxistisch oder kommunistisch betätigt haben.“ Gegen die in der NS-Arbeitersiedlung Buchenbühl wohnhaften Eheleute Johann und Babette A. bestanden seitens der Kreisleitung der NSDAP keine Bedenken, im Gegenteil wurde in einem geheimen politischen Führungszeugnis auf den Parteieintritt A.s unmittelbar nach Lockerung der Aufnahmesperre im Frühjahr 1937 hingewiesen. Zu einer kritischeren Einschätzung kam die Gestapo im Fall des Johann D. aus der Siemens-Siedlung an der Trierer Straße, der wegen des angeblichen Abhörens von Feindsendern denunziert, aber aus Beweismangel nicht verurteilt worden war, oder bei seinem Nachbarn Xaver D., der 1941 vom Amtsgericht

²⁰ Merkblatt für zukünftige Siedler (o.D., Frühjahr 1933), Stadtarchiv Nürnberg, C 25/I Nr. 1234.

²¹ Acht-Uhr-Blatt (3.12.1933), Pressedokumentation, Stadtarchiv Nürnberg, C 29 Nr. 2534.

²² Aktenvermerk zur Siedlerliste des III. Bauabschnitts (2.8.1933), Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8925.

Neumarkt wegen Schwarzschlachtens eine Bewährungsstrafe erhalten hatte. Solche Verdachtsfälle oder Bagatellen wurden zwar kritisch vermerkt, führten aber dennoch nicht zum Verlust der Siedlerstelle.

- a) Schreiben, Papier, 19,5 x 29,5 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8931.
- b) Führungszeugnis, Papier, 19,5 x 29,5 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8923.

Literatur: Peltz-Dreckmann. – Windsheimer (2018).

Quellen: Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8919. – C 25/I Nr. 1234. – C 29 Nr. 2534.

2.7 „Schadensursache: Sprengbombenschaden“ – Die Nürnberger Siedlungen im Krieg

- a) 19. Oktober 1944
Zerstörte Siedlerhäuser in der Mettlacher Straße
- b) 30. Januar 1949
Antrag auf Entschädigung von Gebäudeschäden

1934 verkündete das Siedlungswerk Nürnberg, dass durch die lockere Bebauung der Siedlungen mit Einzel- und Doppelhäusern „die Gefahren eines Fliegerangriffes wesentlich beseitigt“ würden.²³ Dies sollte sich als eine dramatische Fehleinschätzung erweisen, denn die Dimensionen des einige Jahre später Wirklichkeit gewordenen Luftkriegs waren bisher nicht vorstellbar gewesen. Trotz ihrer Lage am Stadtrand wurden die Siedlungen von den seit 1943 regelmäßig auftretenden Luftangriffen der Briten und Amerikaner schwer getroffen. Schon im Herbst 1944 wurden die Siedlungen im Süden der Stadt entlang der Trierer Straße wegen des nahegelegenen Rangierbahnhofs massiv in Mitleidenschaft gezogen. Bei dem verheerendsten Angriff auf Nürnberg am 2. Januar 1945 wurde auch das 1934 bezogene Siedlerhaus des Reichsbahnarbeiters Franz Flierl in der Sankt-Ingbert-Straße, das dieser gemeinsam mit seiner Frau, seiner 13jährigen Tochter und einer Mieterin bewohnte, weitgehend zerstört. Während

²³ Siedlungswerk Nürnberg, S. 1.



Kat.-Nr. 2.7a

der Angriffe suchte die Zivilbevölkerung in Kellern, selbst ausgehobenen Splitterschutzgräben und von der Stadt errichteten Bunkern Zuflucht. Die Überlebenden standen vor den Trümmern ihrer Existenz.

Entschädigungsanträge, etwa für Mietausfälle, konnten zwar in den letzten Wochen des Krieges beim kommunalen Kriegsschädenamt gestellt werden, doch die Unterstützung, die die Stadt ihren Bürgern zu diesem Zeitpunkt noch leisten konnte, war marginal. Die Familie Flierl hatte zunächst Unterschlupf in der weiteren Nachbarschaft gefunden, obwohl die Stadt sich bemühte, Notunterkünfte für Bombengeschädigte bereitzustellen und Kriegsgefangene zu Aufräumar-

Antrag auf Entschädigung von Gebäudeschäden

Altstadtstr. Nr. 194 409 **G**

Eingegangen am
12. Feb. 1945
Kriegschadensamt

An die
Stadtrat zu Nürnberg
Kriegsbüro

1. Grundstücksgenötigter
a) Name: *Franz Flierl*
b) Beruf: *Feinmechaniker*
c) Dienstl. Wohnung: *Kriegsbüro*
d) Staatsangehörigkeit: *Deutscher*

2. Bestimmung des Firmennamens
Anzahl: *1*
Anzahl der geschäftlichen Vertretungen (Vorstand, Geschäftsführer usw.): *1*

3. Besondere Beteiligung zweier Bauherrnberechtigter
Beteiligung von Körperschaften des öffentlichen Rechts: *Nein*

4. Sachverhalt
a) Name: *Julius Marx*
b) Beruf: *Maurer*
c) Dienstl. Wohnung: *Waldstr. 10*
d) Staatsangehörigkeit: *Deutscher*
e) Geburtsdatum: *1888*
f) Geburtsort: *Waldstr. 10*
g) Familienstand: *verheiratet*
h) Beruf: *Maurer*
i) Dienstl. Wohnung: *Waldstr. 10*
j) Staatsangehörigkeit: *Deutscher*

5. Zeitpunkt des Schadens (Luftangriff vom 21. Dezember 1944)

6. Art und Umfang der Beschädigung
a) Art und Umfang der Beschädigung: *eine Giebelwand sowie Giebelvorsatz sowie Sparrenstuhl teilweise neu, auch das Dach*
b) Art und Umfang der Beschädigung: *einmal die Dachdeckung*

7. Uebrigste Höhe des Gebäudeschadens: *800,-*

8. a) Verbleibende die restlichen Schäden: *100,-*
b) Abschätzung des anderen Gebäudes: *3000,-*

9. Bei welchem Finanzamt wird das Einkommen versteuert?
Finanzamt: *Waldstr.*

10. Diebstahl (Grundstück- usw.) Güter:
Ja und Umfang: *Nein*

11. Datum des Abbruchs des Grundstücks:
a) Name: *Deutsche*
b) Betrag: *3300,-*

12. Datum des Abbruchs des Grundstücks:
a) Name: *Deutsche*
b) Betrag: *3300,-*

11. Wurden für den Gebäudeschaden bereits aus öffentlichen Mitteln Vorauszahlungen, Entschädigungen oder Beihilfen bewilligt?
Wann? *Nein* In welcher Höhe?
12. Besteht ein Antrag auf Ersatz des Schadens gegen die Versicherungsgesellschaften oder andere Unternehmer oder Personen?
Gegen wen?
13. Hat der Antragsteller wegen des Gebäudeschadens weitere Entschädigungsvoraussetzungen?
wegen Personenschäden? *Nein*
wegen Sachschäden? *Nein*
wegen Vermögensschäden? *Nein*

14. Besondere Bemerkungen:
Der Schaden wurde am 21. Dezember 1944 durch einen Luftangriff verursacht. Der Schaden wurde am 21. Dezember 1944 durch einen Luftangriff verursacht. Der Schaden wurde am 21. Dezember 1944 durch einen Luftangriff verursacht.

15. Zahlungen werden auf Konto Nr. *111*

16. Als Zeugen für die Richtigkeit meiner Angaben bezeuge ich:
a) Name: *Ulrich Toll* Wohnung: *St. Engel* 307/Platz No. 66
b) Name: *Georg Kersch* Wohnung: *Königsplatz* 40/Platz No. 68
c) Name: *Julius Marx* Wohnung: *Waldstr. 10* 307/Platz No. 69

Ich bestätige Richtigkeit für die beschilderten Gebäudeschäden.
Ich versichere, meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben und für Irrtümer haften zu können.
Ich verpflichte mich, dem Kriegschadensamt oder dem von ihm beauftragten Städtischen Bauamt alle weiteren für die Ermittlung des Schadens erforderlichen Angaben zu geben, insbesondere auf Anforderung eines Grundbuchauszuges und aller weiteren Prüfungen und Besichtigungen zu gestatten.
Grundbuchauszug, die ich gerne noch erhalten würde oder die mir erst nachträglich bekannt werden sollten, werde ich unverzüglich dem Stadtrat zu Nürnberg - Kriegschadensamt - mitteilen.
Ich will die Entschädigung nicht gewährt werden, wenn bei Entstehung des Schadens ein Verstoß von Gesetz oder gegen Verordnungen vorliegt hat oder wenn es sich um einen Verstoß handelt, der dem Schaden ausschlaggebend war.
Ich bestätige, dass ich keine weiteren Ansprüche habe, die dem Schaden ausschlaggebend sind.
Die Entschädigung versagt werden kann und bereits gewährte Zahlungen zurückzufordern sind, wenn sich nach Vorbringen und der Erreichung von Entschädigungen erlangt werden kann.

Nürnberg, den 30. Januar 1945
Franz Flierl

3300,-
Deutsche
Juli 2. Grundbuch Juli
3300,-
115,-

Kat.-Nr. 2.7b

beiten eingesetzt wurden. Der behelfsmäßige Wiederaufbau der Siedlung erfolgte – wie schon ihre Errichtung ein gutes Jahrzehnt zuvor – weitgehend in Selbst- und Nachbarschaftshilfe. So konnte Flierl 1949 in der Rückschau berichten: „Der Gebäudeschaden wurde durch den Maurer Julius Marx den Arbeiter Joseph Wenny und mir wieder behoben sodaß wir im August 1945 wieder notdürftig dort wohnen konnten. Das Dach muß noch erneuert werden, da es z.Zt. noch mit Blech und beschädigten Ziegeln gedeckt ist.“

- a) Rollfilmm negativ, 6 x 6 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, A 39/II Nr. A39-II-4178-5.
- b) Antragsformular, Papier, 19,5 x 29,5 cm.
Stadtarchiv Nürnberg, C 52/II Nr. 288.

Literatur: Diefenbacher. – Siedlungswerk Nürnberg.

Quellen: Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I Nr. 8814. – C 7/I Nr. 8817. – C 29 Nr. 2536.

3. Zwischen Flüchtlingselend und Neubeginn: Wohnungsnot und Wohnungsbau in Erlangen 1945 bis 1954

Ein prominentes Bild aus den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ist das der bis zur Unkenntlichkeit zerstörten Städte in vielen Teilen Europas und insbesondere im Gebiet des ehemaligen Deutschen Reichs. Diese konnten aufgrund der erlittenen Schäden selbst ihrer bereits geschrumpften Bevölkerung kaum mehr die benötigten Unterkünfte zur Verfügung stellen, geschweige denn den vielen Flüchtlingen und Vertriebenen.

Die Stadt Erlangen scheint auf den ersten Blick nicht unbedingt in dieses dramatische Szenario zu passen. Während des Krieges hatte der Ort nur relativ geringe Verluste an Wohnraum zu verkraften. Zwar richteten einzelne Luftangriffe punktuelle Schäden an, flächendeckende Zerstörungen, wie im benachbarten Nürnberg, waren jedoch nicht zu beklagen. Ebenso lief die Einnahme der Stadt durch die Truppen der US-Armee glimpflich und ohne schwerwiegendere Verluste an Bausubstanz ab. Diese vergleichsweise günstige Wohnraumsituation sollte für die mittelfränkische Gemeinde jedoch mit dem Beginn der Nachkriegszeit zunächst auch einige Probleme verursachen.

Obwohl Industrie-, Universitäts- und Militärstandort, war Erlangen bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts eine Kommune von moderater Größe geblieben. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs lebten dort etwa 34.000 Einwohner, kein Vergleich zur nahegelegenen Metropole Nürnberg. Zwar sahen sowohl die Jahre der Weimarer Republik als auch des Nationalsozialismus wiederholt die Umsetzung von Bauprojekten zur Erweiterung des Angebots an Wohnraum, etwa die 1925 initiierte „Rötelheimsiedlung“ oder die „Werksiedlung Bruck“ von 1941. Diese Vorhaben hatten jedoch in der Gesamtbetrachtung einen bescheidenen Umfang; sie schufen kaum ausreichend Wohnraum, um den schwierigen Entwicklungen der Nachkriegszeit begegnen zu können.

Denn zum einen nutzten die im April 1945 eingerückten amerikanischen Einheiten Erlangen dauerhaft als Truppenstandort. Damit einher ging die Beschlagnahmung zahlreicher Räumlichkeiten, neben den Kasernenanlagen auch viele in Privatbesitz befindliche Immobilien. Die ursprünglichen Bewohner mussten entschädigungs- und ersatzlos weichen und sich anderweitig nach einer Unterkunft umsehen, wodurch sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt erheblich verschärfte. Erschwerend kam hinzu, dass die neuangekommenen Besatzer bei der Requirierung selten darauf achteten, ob es sich bei den Betroffenen tatsächlich um Anhänger des untergegangenen NS-Regimes handelte oder nicht.

Seit Mitte des Jahres 1945 lief zum anderen eine Entwicklung mit noch weitaus gewichtigeren Folgen für Erlangen und seine Bevölkerung an. Waren schon in den Kriegsjahren die ersten Flüchtlinge in die Stadt gelangt, so führte nun die systematische Ausweisung der deutschen Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa schlagartig große Menschenmengen nach Westen, nicht zuletzt nach Bayern. Ein weiteres Mal wurde die größtenteils unzerstörte Bausubstanz Erlangens als entscheidender Faktor wahrgenommen und die Stadt als Ziel und Ansiedlungsort für die Heimatvertriebenen bestimmt. Ab Ende 1945 gelangten zahlreiche dieser Flüchtlinge, die vor allem aus Schlesien, Ost- und Westpreußen sowie dem Sudetenland stammten, nach Erlangen. 1946 machten die Heimatvertriebenen bereits 12 % der Stadtbevölkerung aus. Anfang der 1960er Jahre wies jeder vierte Erlanger einen Flüchtlings- oder Vertriebenenhintergrund auf, ein Indikator für die gravierenden demographischen Veränderungen der Nachkriegszeit.

Ein drittes einschneidendes Ereignis war schließlich die Verlegung des Hauptsitzes der Siemens-Schuckert Werke von ihrem ursprünglichen Sitz in Berlin nach Erlangen. Auch hier war die intakte Infrastruktur der Stadt ein ausschlaggebender Faktor gewesen, und wie die US-Armee und die Flüchtlinge bedeutete die Ankunft des Weltkonzerns zunächst eine Verschärfung der Wohnungsfrage. Wenn auch die Aussicht auf zahlreiche neue Arbeitsplätze in der mittelfränkischen Stadt auf lange Sicht sehr begrüßenswert war, musste zunächst für

die neuen Fachkräfte ausreichender und möglichst adäquater Wohnraum geschaffen werden.

Für die ohnehin bereits mit Mangel an Wohnungen kämpfende Kommune bedeutete die Aufnahme der vielen Neuankömmlinge in nur kurzer Zeit eine enorme Herausforderung: Schon 1946 war die Einwohnerzahl der Stadt auf über 45.000 angewachsen. Daher musste die amerikanische Militärregierung Bayerns für Erlangen ein totales Zuzugsverbot aussprechen, was jedoch die schwierigen Verhältnisse nur wenig besserte: „1949 zählte Erlangen die höchste Wohndichte in ganz Franken.“²⁴ Zwar bestand weiterhin die Möglichkeit der Requirierung von Wohnraum durch Zwang, doch verursachte dieses Vorgehen Unmut und Widerstand in der Bevölkerung und reichte zudem allein nicht aus.

Unter diesen schwierigen Bedingungen war kurzfristig nur mit der Errichtung von einfachen Elendsquartieren und nicht minder bescheiden ausgestatteten Barackenlagern Abhilfe zu schaffen, sofern nicht ohnehin bestehende Einrichtungen genutzt wurden. In diesen Lagern hatten sich die Einquartierten mit beengten und hygienisch bedenklichen Zuständen zu arrangieren, und das häufig über einen längeren Zeitraum. Denn bis zur Währungsreform des Jahres 1948 gelang es weder der öffentlichen Hand noch privaten Trägern, in annähernd ausreichendem Ausmaß den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. Die Folge dieser anhaltend schwierigen Situation waren Ressentiments und Streitigkeiten zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen sowie auf Seiten der Letzteren oft Verzweiflung und Resignation.

Eine erste Erleichterung verschaffte das Entgegenkommen der amerikanischen Truppen, die ab 1946 nach und nach zuvor requirierte Unterkünfte freigaben. Durch die Überlassung der zuvor als Lager für „Displaced Persons“ genutzten Oberst-Drausnick-Kaserne wurde Wohnraum frei. Der Siemens-Konzern reagierte ebenfalls früh auf die angespannte Wohnsituation in Erlangen mit der Gründung der

²⁴ Jakob, Aufbau Erlangens, S. 194.

Siemens-Wohngesellschaft, die die Errichtung eines ganzen Stadtviertels für die Mitarbeiter des Weltkonzerns betrieb.

Im Gegensatz zu Siemens mangelte es den meisten privaten Bauherren zunächst am nötigen Kapital für die Schaffung von Wohnraum. Hier setzte die Gründung einer städtischen Spargemeinschaft durch die Kommunalverwaltung an, die sämtlichen (Neu-)Bürgern offenstand. Anfang 1949 bereits auf über 2.500 Mitglieder angewachsen, gelang ihr die Konzentration der bis dahin so knappen Geldmittel. 1950 mündete die Initiative in die Errichtung der „Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft“ GeWoBau, die ebenfalls die Entstehung zahlreicher neuer Wohnbauten und ganzer Stadtviertel ermöglichte.

Gleichzeitig sorgte das Erste Wohnungsbaugesetz des Bundes (1950) für das Aufkommen des sozialen Wohnungsbaus. So wurden etwa Wohnungsbaugesellschaften durch die Auszahlung von Investitionshilfen und die Vergabe zinsgünstiger Kredite unterstützt. Dies sollte die Angebotsseite des Wohnungsmarktes stärken.

Vor dem Hintergrund der sich zunehmend günstig entwickelnden wirtschaftlichen Lage seit den 1950er Jahren ermöglichten es diese Bemühungen, der in kurzer Zeit deutlich angestiegenen und auch in der Folgezeit stetig anwachsenden Einwohnerzahl auf lange Sicht den entsprechenden Wohnraum zu bieten. Die auf diese Weise neu-entstandenen Gebäude und Stadtviertel tragen heute wesentlich zum Erscheinungsbild Erlangens bei, das 1974 den Status einer Großstadt mit über 100.000 Einwohnern erreichte.

3.1 Die Ursachen der Wohnungsnot

- a) 1945
Abtransport von Möbeln aus einer beschlagnahmten Wohnung durch Soldaten der US-Armee
- b) 9. Mai 1946
Bericht des Oberbürgermeisters über die Entnazifizierung von Wohnraum
- c) 13. November 1945
Beschwerde des Bienenforschers Enoch Zander über die Entfernung aus seiner Wohnung

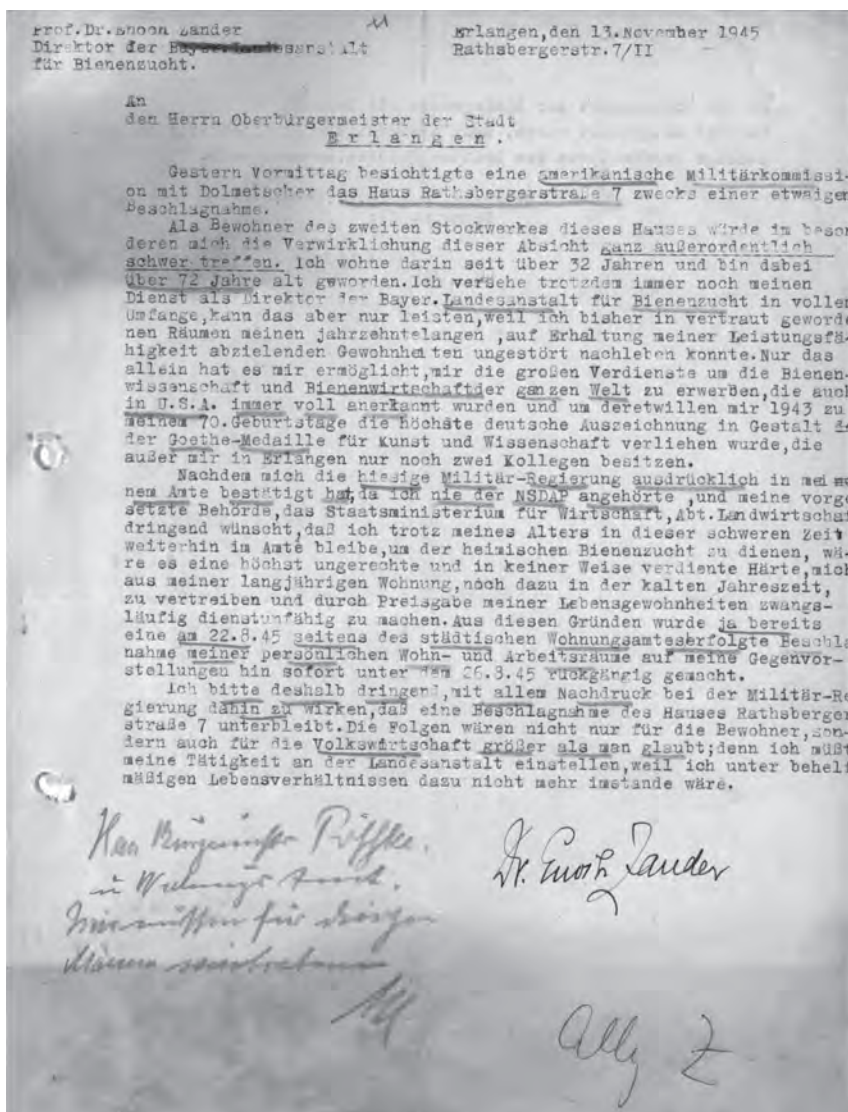
Mit der Einnahme Erlangens durch die 3. US-Infanterie-Division am 16. April 1945 gelangten amerikanische Truppen in die Stadt und blieben für die nächsten 48 Jahre. Für die Unterbringung der ca. 2.000 Soldaten sowie der zahlreichen Zwangsarbeiter und „Displaced Persons“ wurden nicht nur die bereits vorhandenen Räumlichkeiten des deutschen Militärs herangezogen, sondern ebenso Wohnungen der Bevölkerung beschlagnahmt, insgesamt etwa 14% des vorhandenen Bestands. Der Entzug von Wohnraum wurde, wie auch die Entfernung besonders stark belasteter Nationalsozialisten aus öffentlichen Stellen, als Strafmaßnahme im Rahmen der Entnazifizierung im weitesten Sinn angewendet. Bis Mai 1946 waren laut Oberbürgermeister Anton Hammerbacher „122 Nationalsozialisten (...) aus ihren Wohnungen völlig entfernt worden“,²⁵ andere büßten das Hauptmietrecht ein oder mussten sich mit weiteren Vorbelasteten Räumlichkeiten teilen.

Bei all dem ging die örtliche Militärregierung jedoch nicht immer rücksichtsvoll und koordiniert vor: Die einheimische Bevölkerung klagte über die unerwartete und teilweise eigenmächtige Requirierung von Wohnraum und Möbeln, die nicht nur durch Angehörige der US-Armee, sondern ebenso durch ehemalige Zwangsarbeiter durchgeführt wurde. Schwer wog dabei der Eindruck, dass auch po-

²⁵ Bericht des Oberbürgermeisters Anton Hammerbacher über die Entnazifizierung von Wohnraum (9.5.1946), Stadtarchiv Erlangen, 684.A.60.



Kat.-Nr. 3.1a



Kat.-Nr. 3.1c

litisch unbelastete Einwohner das Opfer derartiger Maßnahmen sein konnten. In der Folge hatte der Oberbürgermeister der lokalen Mili-

tärregierung über erheblichen Unmut zu berichten: „Der Haß der Bevölkerung richtet sich gegen eine solche Art von Demokratie, wie sich die Leute ausdrücken. Sie erklären, daß mit ihnen genau so verfahren werde, wie es Hitler mit den Juden machte.“²⁶ Anfangs bemühte sich die Erlanger Stadtverwaltung vergeblich um eine Besserung der Umstände, und noch 1947 waren nach Einschätzung von Oberbürgermeister Michael Poeschke 328 Häuser mit 904 Wohnungen, die Platz für rund 4.000 Menschen geboten hätten, beschlagnahmt. Erst ab 1948 gab die US-Militärregierung nach und nach mehrere hundert Häuser frei; doch noch 1954 „waren 157 Wohnungen in amerikanischer Hand.“²⁷

Parallel zur Besatzungsmacht traten seit Ende 1945 die Vertreter der Bayerischen Flüchtlingsverwaltung auf den Plan. Die vor Ort eingesetzten Kreisflüchtlingskommissare bzw. seit 1948 die Flüchtlingsämter hatten umfangreiche Vollmachten für ihre Aufgabe, die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge, erhalten. Hierzu zählte vor allem die Beschlagnahmung von sowie Zwangszuweisung in Wohnraum, die bei der einheimischen Bevölkerung auf kaum mehr Verständnis stießen als die vorangegangenen amerikanischen Requirierungen. Nicht wenige Erlanger versuchten daher, durch Falschangaben und Vertuschung die Nutzung ihrer Räumlichkeiten zu behindern. Die Verwaltung sah sich dadurch wiederum zu noch strikterem Vorgehen bei der Erfassung und Beanspruchung des Wohnraums genötigt.

- a) Fotografie, schwarzweiß, 8 x 12 cm.
Stadtarchiv Erlangen, unverzeichnet (Fotoalbum des Erlanger Militärgouverneurs Robert C. Adair).
- b) Schreiben, Papier, 21 x 30 cm.
Stadtarchiv Erlangen, 684.A.60.
- c) Schreiben, Papier, 21 x 30 cm.
Stadtarchiv Erlangen 684.A.64.

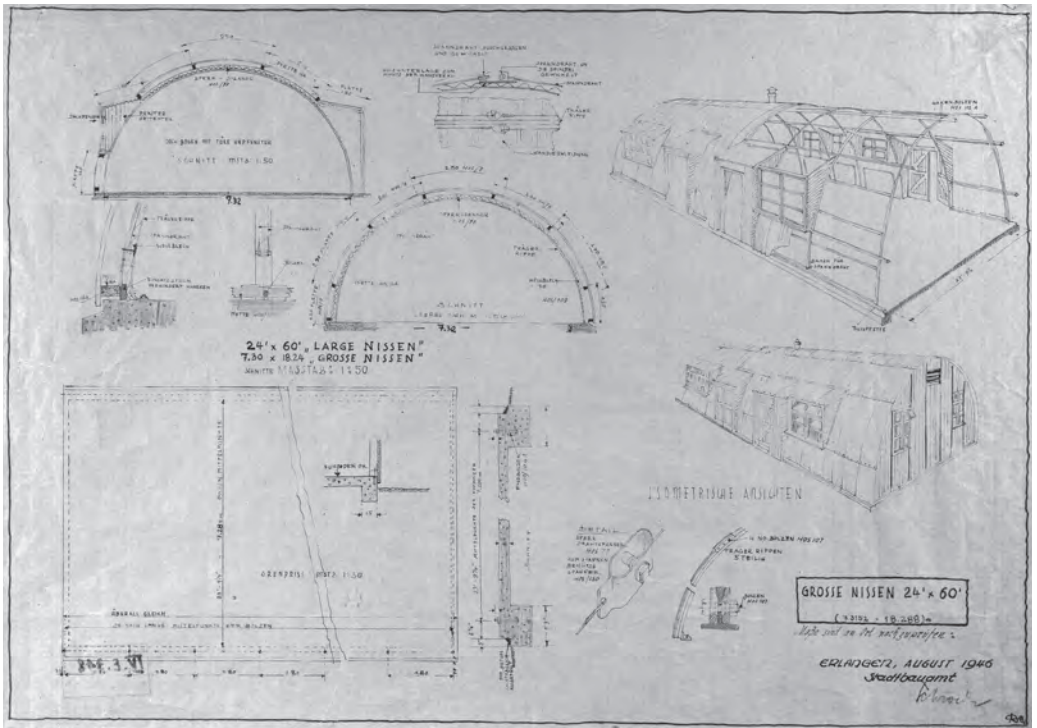
Literatur: Bauer (1985). – Bauer (2006). – Hirschfelder. – Jakob (1996). – Kossert. – Prinz.

²⁶ zit. nach Hirschfelder, Wohnsituation, S. 141.

²⁷ Hirschfelder, Wohnsituation, S. 146.

3.2 Die Flüchtlingslager

- a) August 1946
Technische Zeichnung der Wellblechbaracken an der Sintzingstraße
- b) 19. September 1947
Bewerbung Gerhard Coponys für eine Aufnahme in das Flüchtlingslager Nürnberger Straße 145
- c) 21. August 1947
Ärztliches Gutachten über den Zustand der Flüchtlingsbaracke Erlangen-Bruck
- d) 1957
Fotografie der Flüchtlingsbaracken in der Nürnberger Straße



Kat-Nr. 3.2a

Erlangen war schon während des Krieges Ziel von Flüchtlingsbewegungen. Nach Kriegsende verstärkten die Übersiedlung des Siemens-Konzerns, die Neueinschreibungen zahlreicher Studenten und vor allem das Eintreffen großer Gruppen von Heimatvertriebenen den Wohnungsmangel in der Stadt massiv. Daher war wie im restlichen Bayern die Errichtung einfacher Lager üblich, nicht nur zur Erstaufnahme Neueingetroffener an einzelnen Sammelpunkten, sondern ebenso als Variante längerfristiger Unterbringung in Anbetracht fehlender Wohnmöglichkeiten.

In Erlangen gab es mehrere Lager. Das größte von ihnen war das Gelände Nürnberger Straße 145, eine Anlage, die bis Kriegsende zur Unterbringung von Zwangsarbeitern gedient hatte. Ein weiteres Flüchtlingslager befand sich an der Tennenloher Straße in Erlangen-Bruck. Neben den bereits vorhandenen Baracken wurden zusätzliche Lager neu errichtet, so etwa eine Reihe von Wellblechhütten (sogenannte Nissenhütten, benannt nach ihrem Erfinder Peter Norman Nissen) 1946 an der Sintzingstraße. An diesen Standorten kamen neben Heimatvertriebenen unter anderem auch Einheimische, die aufgrund ihrer NS-Aktivitäten ihre eigenen Wohnungen hatten verlassen müssen, unter. Selbst die Firma Siemens griff in den ersten Jahren auf den Bau von Baracken für die eigene Belegschaft zurück.

Die Lager waren in vielerlei Hinsicht eine äußerst ungünstige Form der Unterbringung: Die unzureichende bauliche Isolierung und die enge Belegung – 1947 lebten teilweise 40 bis 60 Personen in einem Raum – sorgten für schlechte hygienische Bedingungen und anhaltende soziale Spannungen. Viele der Bewohner fühlten sich in ihren Behelfsunterkünften isoliert und im Stich gelassen. Sie resignierten und gerade die Heimatvertriebenen schlossen sich von ihrer neuen Umgebung ab. Nach längerfristigen Aufhalten in den Lagern hatten deren Bewohner oft Schwierigkeiten, sich in ihre neue Umgebung zu integrieren, fanden zunächst nur schwer Arbeit und vollwertige Unterkünfte.

Obwohl der Flüchtlingskommissar des Freistaats Bayern schon 1948 die Auflösung der Flüchtlingslager zum vorrangigen Ziel erklärt hatte, sorgte der große Rückstau bei der Wohnungsvergabe dafür, dass

25265 ✓
Betreff: Ehemalige Tanzbaracke der Amerikaner jetzt Wohnbaracke, Bruckers
strasse 46.

med. G. Sondermann
prakt. Arzt
ERLANGEN, obere Karlstr. 34
Fernruf 2966

Erlangen, 21.8.47

Ärztliche Bescheinigung.

Die Familie [redacted] Siegfried, in der ich Hausarzt bin, bewohnt
in der Bruckerstr. 46 eine ehemalige Tanzbaracke der Besatzung,
die wohl genügend Raum für die achtköpfige Familie bietet, die
aber sonst aller Voraussetzungen entbehrt, unter denen Menschen
ohne ernsthaftige Gefährdung ihrer Gesundheit den Winter überste-
hen könnten. Die Außenwände der Baracke zeigen fingerbreite Spal-
ten, die Fenster können nicht geschlossen werden, durch den Fuß-
boden sieht man auf die blanke Erde, der Dachboden ist breit nach
außen offen, d.h. die Familie wird im Winter allen Ubbilden der
Witterung nahezu schutzlos preisgegeben sein.

Dazu kommt noch erschwerend, daß Herr Dr. [redacted], der im 60.
Lebensjahr steht, für Erkältungskrankheiten sehr anfällig ist,
auch fällt die Tatsache ins Gewicht, daß Frau Dr. [redacted] im ev.
Hilfsdienst die Kartel der russischen Gefangenenlager bearbei-
tet, eine vom Menschlichen hergesehen so außerordentlich wichti-
ge Arbeit, die bei einem Ausfall von Frau Dr. R. stocken würde;
der augenblickliche Gesundheitszustand von Frau R. läßt aber
einen solchen Ausfall befürchten, wenn sie den Gefahren einer
Überwinterung unter solchen Umständen ausgesetzt würde.
Es erscheint also als dringend notwendig die Baracke wirklich
winterfest durch geeignete bauliche Maßnahmen zu machen.

Dazu ist noch seit 8 Wochen das Klosett verstopft, ein
hygienisch völlig unmöglicher Zustand.

G. Sondermann

Def. III im Wohnungsbau. ✓

10.9.47

Def. V
[Signature]

noch jahrelang Bedarf für derartige Unterkünfte gegeben war. So lebten Mitte der 1950er Jahre noch mehrere hundert Personen in den Erlanger Flüchtlingslagern; die letzten dieser Anlagen in der Stadt verschwanden erst im Jahr 1962.

- a) Plan, Papier, 62 x 44 cm.
Stadtarchiv Erlangen, VI.E.318.
- b) Schreiben, Papier, 16 x 24 cm.
Stadtarchiv Erlangen, 223.A.46.
- c) Schreiben, Papier, 21 x 15 cm.
Stadtarchiv Erlangen, F 325/59.XXVII.
- d) Negativblatt, 3,6 x 2,4 cm (Abb. s. Umschlag).
Stadtarchiv Erlangen, VIII.8368.N.3/1.

Literatur: Bauer (1985). – Bauer (2006). – Beer. – Jakob (1996). – Jakob (2007). – Kosior. – Kossert. – Maier/Tullio. – Prinz. – Renzikowski/Renzikowski.

3.3 Notmaßnahmen

- a) 24. Juni 1948
Plakat zur Ankündigung der verhängten Zuzugssperre nach Erlangen
- b) 15. November 1949
Wohnungsnotprogramm der Stadt Erlangen
- c) Undatiert
Verzeichnis der gemäß Notprogramm Wohnberechtigten

Das starke Anschwellen der Einwohnerzahl Erlangens in nur wenigen Jahren drohte die Stadtgemeinde zu überfordern. Eine substantielle Abhilfe durch die Schaffung einer großen Anzahl neuer Wohnungen bildete jedoch in den ersten Nachkriegsjahren keine Option, da es an Baumaterial sowie Kapital für derartige Unternehmungen mangelte und die rechtlichen Rahmenbedingungen häufig unklar waren. Zudem ließen sowohl die amerikanischen Besatzungstruppen als auch der Freistaat Bayern anfangs eigenständigen Initiativen in den Kommunen nur wenig Spielraum.

TOTALE ZUZUGSPERRE!

STADTRATS-BESCHLUSS VOM 24. JUNI 1948

Die Wohnungsnot in Erlangen wird immer drückender und hat zum Teil bereits unerträgliche Formen angenommen. Im Interesse aller Bevölkerungskreise, insbesondere aber mit Rücksicht auf die in diesem Jahr zurückkehrenden Kriegsgefangenen, deren ausreichende Unterbringung unter allen Umständen gewährleistet werden muß, und um die gesetzlich vorgesehene Zusammenführung von Familien nicht zu gefährden, sieht sich der Stadtrat in Übereinstimmung mit dem Wohnungsausschuß zu folgenden Maßnahmen gezwungen:

Durch Befehl der **MILITÄRREGIERUNG FÜR BAYERN** vom 15. 11. 1946 wurde Erlangen zum Brennpunkt des Wohnraumbedarfs erklärt und die totale Zugangssperre ausgesprochen. Nach diesem Befehl und nach *Kontrollratsgesetz Nr. 18, Artikel II u. I.*, ist die örtliche Wohnungsbehörde für die Durchführung der totalen Zugangssperre verantwortlich.

Um eine wenigstens teilweise Auflockerung der außerordentlichen Wohnungsnot zu erreichen, kann daher bis auf weiteres

keinerlei Zugangsgenehmigung oder Aufenthaltserlaubnis erteilt werden!

Das städtische Wohnungsamt kann keinen Wohnraum für auswärtige Personen zur Verfügung stellen. Anträge auf Zugangsgenehmigung oder Aufenthaltserlaubnis sind daher bis auf weiteres zwecklos. Wer sich in Erlangen vorübergehend aufhält kann keine Lebensmittelkarten erhalten.

[REDACTED]

Erlanger Betriebe können nur dann Facharbeiter von auswärts holen, wenn die betreffenden Betriebe selbst für die Unterbringung durch Wohnungsneubau sorgen.

Kat-Nr. 3.3a

Die Alternative bestand daher zunächst in Maßnahmen, die auf die Begrenzung des Bevölkerungswachstums und eine Einschränkung des Anspruchs auf Wohnraum zielten. So erreichte die Stadtverwaltung bei der US-Militärregierung des Freistaats Bayern die Erklärung

Tgb.-Nr. 17 733

Wohnungsnotprogramm
 =====

Frei verfügbare Wohnungen dürfen künftig nur solchen Wohnungssuchenden zugewiesen werden, die schlechthin untræagbar wohnen.

Als untragbar werden insbesondere folgende Wohnverhältnisse angesehen:

- a) wenn Personen auf Grund des Wohnungsgesetzes bevorzugt mit Wohnraum zu versehen sind und der gegenwärtige Wohnraum den Mindestanforderungen nicht entspricht,
- b) wenn mehrere Erwachsene verschiedenen Geschlechts auf nur einen Raum beschränkt sind ,
- c) wenn jemand in baufälligen und zu Wohnzwecken nicht mindest behelfsmäßig geeigneten Räumen wohnt.
- d) ^{insbesondere} wenn vom Gesundheitsamt bestätigt wird, daß jemand an einer schweren / mit Ausbreitungsgefahr verbundenen Krankheit, die nicht nur vorübergehend ist, leidet und mit anderen Personen in einem Zimmer wohnen muß,
- e) wenn Heimkehrern der nach den gesetzlichen Bestimmungen zustehende Wohnraum nicht zur Verfügung steht,
- f) wenn jemand durch Naturkatastrophe oder Unglücksfälle seine bisherige Wohnung verliert,
- g) wenn jemand zur Räumung seiner Wohnung verurteilt ist und das Zusammenwohnen mit dem Räumungsschuldner für den Vermieter oder für andere Mieter eine unzumutbare Belastung darstellt,
- h) wenn jemand infolge unrechtmäßiger oder irrtümlicher Maßnahmen des Wohnungsamtes Rechtsanspruch auf Ersatzwohnraum hat,
- i) wenn ein dringendes öffentliches Interesse an der Unterbringung besteht.

Die Aufnahme in das Notprogramm erfolgt nach Vorschlag des Wohnungsamtes durch Bestätigung des Wohnungsausschusses.

Freiwerdende Wohnungen dürfen in Zukunft erst dann an Wohnungssuchende die nicht zum Notprogramm gehören zugewiesen werden, wenn diese Wohnungen nicht innerhalb des Notprogrammes verwertet werden konnten.

Erlangen, den 15. November 1949

Abteilung 18 :

Kat-Nr. 3.3b

Erlangens zum „Brennpunkt des Wohnraumbedarfs“ am 15. November 1946, woraus sich eine „totale Zuzugssperre“ in die Stadt ergab. Sie wurde später erneut bekräftigt und blieb bis 1949 gültig. Trotz des Verbots gelangten stetig neue Menschen nach Erlangen, dessen Wirkung war daher begrenzt.

Name	Vorname	Anschrift	k	jetz. Wohnraum			Bemerkungen	ben. Wohnr. Not-		Bestj- tügung
				Zi.	Fl.	qm		Zi.	Fl.	
	Konrad	Nürnberg Str. 43	3	1	1	13,5		2	1	
	Emma	Pfälszerstraße 39	2	-	1	5		1	1	
	Erich	Feldstraße 18	2	3	1	10	ohne Kochgelegenheit	2	1	
	Erich	Schuhstraße 18 1/4	2	1	1		Ersatz f.d.verlor.Wohnung Sudetenstr.1	2	1	
	Max	Nbg.Str.82/88	2	-	-	-	Behelfsheim Räumung f.Neubau SSW			
	Richard	Nbg.Str. 58 1/2	2	1	1	1	Doppelamputierter (100%)	2	1	
			1	-	-	-	Russlandheimkehrer	1		
		Feldstraße 5	2	-	1	-	ohne Kochgelegenheit Dachka.	1	1	
	Rosa	Nbg.Str.145	2	3	1		Barackenzimmer	3	1	
	Arthur	Nbg.Str.147	2	1	1		Barackenzimmer	1	1	
	Paul	Österreicherstr.47	3	2			Gartenhaus	3	1	
	Thekla	Reinhardstr.5	2	2	2		Dachka. ohne Kochgelegenheit	2	1	
	Eugen	Friedrichstr.55	2	2	1	15	1 Kind Tbc-krank	3	1	
	Josef	Henkestraße 40	5	2	3		Studentenbaracke	3	1	
	Heinz	Stäbenlohstr.14	2	2	1	14		2	1	

Kat-Nr. 3.3c

Zusätzlich erhöhte die Stadt 1949 im Rahmen eines sogenannten Wohnungsnotprogramms die Hürden für den Anspruch auf Wohnraum. Nur in Fällen von schwerer Krankheit, großer Bedürftigkeit oder völlig inakzeptablen Wohnverhältnissen bestand nun ein bevorzugtes Recht auf Unterbringung. Jedoch gab es in den von schlechter Versorgung und Kriegsbeschädigungen geprägten ersten Nachkriegsjahren nicht wenige Personen, die derartige Defizite geltend machen konnten. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt blieb dementsprechend ungemildert. Langfristig konnte nur die Errichtung möglichst zahlreicher neuer Wohnbauten die Lage wirklich verbessern.

- Plakat, Papier, 53 x 61 cm.
Stadtarchiv Erlangen, 684.A.56.
- Schreiben, Papier, 30 x 21 cm.
Stadtarchiv Erlangen, 684.A.1a.
- Schreiben, Papier, 21 x 30 cm.
Stadtarchiv Erlangen, 684 A.1a.

Literatur: Hirschfelder. – Jakob (1996). – Jakob (2007). – Renzikowski/Renzikowski.

3.4 Die Anfänge des organisierten Wohnungsbaus

- a) Mai 1951
Selbsterrichtete Flüchtlingsbehausung
- b) 10. Juli 1950
Anweisung zur geordneten Bebauung der Stadtrandsiedlung
- c) August 1951
Neubau der GeWoBau in der Herterichstraße
- d) September 1952
Richtfest eines gemeinsam von Siemens und Landeswoh-
nungsfürsorge errichteten Wohnblocks
- e) März 1953
Neuentstandene GeWoBau-Siedlungen an der Brüxer Straße
sowie Siemens-„Himbeerpalast“, im Hintergrund die Erlanger
Altstadt

Da es trotz aller Widrigkeiten immer wieder gelang, das notwendige Baumaterial zu beschaffen, und trotz fehlender Genehmigungen halb- oder illegale Gebäude errichtet wurden, kam der Wohnungsbau in Erlangen niemals vollständig zum Erliegen. Für größere Initiativen fehlten aber in den ersten Jahren sowohl die nötigen Mittel als auch die rechtlichen Rahmenbedingungen. Entscheidend war neben der Stabilisierung in Folge der Währungsreform des Jahres 1948 die verstärkte Bereitschaft kommunaler, privater und privatwirtschaftlicher Bauherren zur Durchführung von Bauprojekten.

Einen wichtigen Anstoß bildete die Schaffung der „Sparaktion Sozialer Wohnungsbau“ durch Oberbürgermeister Michael Poeschke im Jahr 1948. „Sie ermunterte zum freiwilligen, aber regelmäßigen Sparen und wurde in zahlreichen öffentlichen und betrieblichen Versammlungen populär gemacht.“²⁸ Ende 1948 beteiligten sich bereits 2.500 Erlanger Bürger daran. Mit der Gründung der „GeWobau“ im April 1950 wurde diese Sparaktion institutionalisiert. Die ersten auf diese Weise finanzierten Wohnungen entstanden in der Drausnick-

²⁸ Sponsel, Michael Poeschke, S. 71.



Kat-Nr. 3.4a

und Artilleriestraße sowie an der Mozart- und Gerstenbergstraße. Zusätzlich wurde die zuvor von Displaced Persons bewohnte Oberst-Drausnick-Kaserne im März 1950 von der US-Armee freigegeben und für Wohn- und Gewerbebezüge umgebaut. Es entstanden Unterkünfte für 1.700 Personen.

Auch Siemens engagierte sich verstärkt. Nach ersten einfachen Holzbauten mit Steinverkleidung in den Jahren 1946/47 betrieb die Firma seit 1948 mit der betriebseigenen „Siemens-Wohnungs-Gesellschaft“ (SiWoGe) die Errichtung von Unterkünften speziell für die eigene Belegschaft. Bis 1954 entstanden so 2.600 neue Wohnungen im Südosten Erlangens. Sichtbarster Ausdruck der neuen Bautätigkeit war das wegen seiner rötlichen Färbung als „Himbeerpalast“ bezeichnete Siemens-Verwaltungsgebäude, das zwischen 1948 und 1953 am damaligen Stadtrand entstand.

Die Integration der Heimatvertriebenen schritt voran. Wie in zahlreichen anderen bayerischen Orten entstanden nun auch in Erlangen an

9.7.50 Nr. 15839/12

1. Schreiben an sämtliche Siedler der Stadtrandsiedlung
Erlangen

Betreff: Erweiterungsbauten in der Stadtrandsiedlung

Die Stadtrandsiedlung, die szt. nach einheitlichen Plänen errichtet wurde, hat den Ruf einer Mustersiedlung gehabt. Leider sind in den Jahren nach dem Kriege infolge der katastrophalen Wohnungsnot auf verschiedenen Siedlerstellen Anbauten an die vorhandenen Gebäude errichtet worden, die das ursprüngliche schöne und einheitliche Bild z. Tl. verschandeln.

Nachdem die Wohnungsbautätigkeit in Erlangen in den letzten Jahren eine erfreuliche Steigerung erfahren hat, kann bei gleichzeitiger Weiterentwicklung damit gerechnet werden, dass das Wohnungselend in absehbarer Zeit behoben sein wird.

In Zeiten der schlimmsten Not nach dem Kriege wurde vom Stadtbauamt in einigen Fällen (auch nachträglich) die Baugenehmigung für Bauten erteilt, die unter normalen Verhältnissen niemals hätten genehmigt werden können, weil einige Wohnräume zusätzlich geschaffen wurden. Die Beschaffung von zusätzlichen Wohnräumen kann in Zukunft ~~aber~~ nur dann noch als Begründung für die Erweiterung einer Siedlerstelle gelten, wenn es sich um Wohnräume handelt, die für den Inhaber der Siedlerstelle wegen Vergrößerung seiner Familie dringend gebraucht werden. Der Anbau von Wohnungen für Mieter, auch wenn es sich um nahe Verwandte der Inhaber der Siedlerstelle handelt, kann in Zukunft nicht mehr genehmigt werden, weil dadurch die Siedlerstelle ihrem ursprünglichen Zweck entfremdet wird und den Charakter eines Miethauses bekommt.

Aufgrund einer Anordnung der obersten Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern soll bezüglich der fach- und sachgemässen Pflege und Nutzung der Siedlerstellen im engeren Einvernehmen mit dem Bayer. Siedlerbund e.V. gehandelt werden. Wir werden daher in Zukunft sämtliche Planungen über Erweiterungen dem Bayer. Siedlerbund vorlegen. Ferner werden wir demnächst Musterpläne für die Erweiterung ausarbeiten, die in Zukunft zugrundegelegt werden sollen. Sobald diese Pläne vorliegen, beabsichtigen wir eine Siedlerversammlung einzuberufen, bei der anhand der Zeichnungen gezeigt werden soll, welche Erweiterungsmöglichkeiten, wenn die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, möglich sind. Zu dieser Versammlung werden wir auch Vertreter des Bayer. Siedlerbunds e.V. einladen. Z. Zt. bereits vorliegende Anträge auf Erweiterung werden vorläufig bis zur endgültigen Klärung der zulässigen Erweiterungsbauten im Rahmen der Gesamtplanung zurückgestellt.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, dass Bauausführungen ohne Genehmigung unzulässig sind. Im Interesse der Siedler wird daher dringend empfohlen, Bauten ohne Genehmigung zu unterlassen, weil deren Beseitigung gefordert werden müsste.

II. Abt. 10b bis 12 zur Kenntnis.

III. Wv. Abt. 10a/12 z. Aufstellung einer Erweiterungsplanung.

F.

Erlangen, den 10. 7. 1950
Stadtrat:

Prof. Dr. J. J. J.
Siedlerbund e.V.
Inselhof Erlangen, Sonn
10.8.50

10.8.50

Kunze
F. J. J.



Kat-Nr. 3.4c

den Ortsrändern neue Stadtviertel wie die Sebaldussiedlung und die südlich daran anschließenden Straßenzüge, deren Benennung – „Brüxer Straße“, „Breslauer Straße“, „Oppelner Straße“ u.ä. – die Herkunft der neuen Bewohner zum Ausdruck brachte. Zugleich bemühte sich die Stadt Erlangen verstärkt darum, den privaten Wohnungsbau in geordnete Bahnen zu lenken. Illegal errichtete Schwarzbauten waren wieder zu beseitigen, neue Bauvorhaben wurden durch striktere Vorgaben reglementiert und potenzielle Bauherren über diese Richtlinien in Kenntnis gesetzt. Eine positive Begleiterscheinung dieser verstärkten Regulierung war eine intensivere Betreuung und Unterstützung der privaten Bauvorhaben.

Durch diese Maßnahmen und Initiativen waren die entscheidenden Weichen für den Ausbau der Stadt Erlangen gestellt. Über die Jahre hinweg gewann das Bauwesen in Erlangen parallel zur positiven Entwicklung der Einwohnerzahl stetig an Schwung. „1964 übertraf Erlangen im Wohnungsbau mit 220 fertiggestellten Wohnungen auf



Kat-Nr. 3.4e

je 10.000 Einwohner sogar sämtliche Großstädte im Bundesgebiet.“²⁹ Dies steht in direktem Kontrast zu den schwierigen ersten Nachkriegsjahren, als kaum eine andere Stadt Bayerns so sehr mit der Überbelegung ihres Wohnraums zu kämpfen hatte, wie Erlangen.

- a) Negativblatt, 3,6 x 2,3 cm.
Stadtarchiv Erlangen, VIII.7022.N.4/5.
- b) Schreiben, Papier, 20 x 30 cm.
Stadtarchiv Erlangen, F 165/182.
- c) Negativblatt, 3,6 x 2,3 cm.
Stadtarchiv Erlangen, VIII.7056.N.1/1.
- d) Negativblatt, 3,6 x 2,3 cm.
Stadtarchiv Erlangen, VIII.7254.N.3/5.
- e) Negativblatt, 3,6 x 2,3 cm.
Stadtarchiv Erlangen, VIII.7341.N.6/1.

Literatur: Bauerreiß/Schneider. – Förster. – Jakob (1996). – Jakob (2007). – von Lölhöffel. – Sponsel.

²⁹ Jakob, Aufbau Erlangens, S. 192.

Literatur und gedruckte Quellen

Franz J. **Bauer**, Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Das Beispiel Bayern 1945–1950. In: Wolfgang **Benz** (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main 1985, S. 158–172.

Miriam **Bauer**, Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern nach 1945. Die Veranschaulichung der Problematik anhand von Einzelschicksalen (Heimatbeilage zum Oberfränkischen Schulanzeiger Nr. 328), Bayreuth 2006.

Fritz **Bauerreiß** – Jürgen **Schneider**, Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1945. In: Gerhard **Pfeiffer** – Alfred **Wendehorst** (Hrsg.), Erlangen. Geschichte der Stadt in Darstellung und Bilddokumenten, München 1984, S. 182–186.

Baugenossenschaft Selbsthilfe eG (Hrsg.), 100 Jahre Baugenossenschaft „Selbsthilfe“, Nürnberg 2012.

Mathias **Beer**, Die deutsche Nachkriegszeit als Lagergeschichte. Zur Funktion von Flüchtlingslagern im Prozess der Eingliederung. In: Henrik **Bispinck** – Katharina **Hochmuth**, (Hrsg.), Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung (Beiträge zur Geschichte von Mauer und Flucht), Berlin 2014, S. 47–72.

Bericht über die Arbeit der Stadtverwaltung Nürnberg im ersten Jahr des nationalsozialistischen Deutschlands. März 1933 – März 1934, Nürnberg 1934.

Das Münchner Kind nach dem Kriege, München 1921.

Michael **Diefenbacher** (Hrsg.), Der Luftkrieg gegen Nürnberg. Der Angriff am 2. Januar 1945 und die zerstörte Stadt (Quellen und Forschungen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg 33), Nürnberg 2004.

Angelika **Dreyer**, Internationale Funktionalität und regionale Identität. Bau von Klein- und Kleinstwohnungen in den 20er Jahren. In: Ste-

phan **Albrecht** – Martin **Höppel** (Hrsg.), München. Stadtbaugeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Petersberg 2016, S. 214–231.

Rudolf **Förster**, „... und dann kam Siemens“. Die SSW-Ansiedlung in Erlangen nach 1945. In: Jürgen **Sandweg** (Hrsg.), Erlangen. Von der Strumpfer- zur Siemensstadt, Erlangen 1982, S. 699–735.

Karl Christian **Führer**, Anspruch und Realität. Das Scheitern der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik 1933–1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997) S. 225–256.

Karl Christian **Führer**, Das NS-Regime und die „Idealform des deutschen Wohnungsbaues“. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 89 (2002) S. 141–166.

Geschichtswerkstatt der Siedlungen Süd im Bürgerverein der Siedlungen Süd e.V. (Hrsg.), Die Siedlungen Süd. Nürnberg zwischen Ludwigskanal und Münchener Straße, Nürnberg 2013.

Martin H. **Geyer**, Wohnungsnot und Wohnungszwangswirtschaft in München 1917 bis 1924. In: Gerald D. **Feldmann** – Carl-Ludwig **Holtfrerich** – Gerhard A. **Ritter** – Peter-Christian **Witt** (Hrsg.), Die Anpassung an die Inflation (Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914–1924), Berlin 1986, S. 127–162.

Grund- und Hausbesitzerverein München (Hrsg.), Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens des Grund- und Hausbesitzervereins München e.V., München 1929.

Albert **Gut** (Hrsg.), Das Wohnungswesen der Stadt München, München 1928.

Ulrike **Haerendel**, Kommunale Wohnungspolitik im Dritten Reich. Siedlungsideologie, Kleinhausbau und „Wohnraumarisierung“ am Beispiel Münchens (Studien zur Zeitgeschichte 57), München 1999.

Ulrike **Haerendel**, Wohnungspolitik im Nationalsozialismus. In: Zeitschrift für Sozialreform 45 (1999) S. 843–879.

Tilman **Harlander**, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus (Stadt – Planung – Geschichte 18), Basel u.a. 1995.

Heinrich **Hirschfelder**, „Die Wohnsituation bleibt weiterhin das belastendste Problem in Erlangen ...“. Die OB-Berichte an die Besatzungsmacht 1946–1948. In: Jürgen **Sandweg** – Gertraud **Lehmann** (Hrsg.), Hinter Unzerstörten Fassaden. Erlangen 1945–1955, Erlangen 1996, S. 120–153.

Andreas **Jakob**, „Geht doch wieder zurück, wo ihr hergekommen seid!“ Der Anteil von Flüchtlingen und Vertriebenen am Aufbau Erlangens nach 1945. In: Andreas **Jakob** – Hans Markus **Horst** – Helmut **Schmitt** (Hrsg.), Das Himmelreich zu Erlangen – offen aus Tradition? Aus 1000 Jahren Bamberger Bistumsgeschichte, Erlangen 2007, S. 192–205.

Andreas **Jakob**, „Und mit Siemens-Schuckert um die Wette baute und baut die Stadt Erlangen“: Stadtplanung und Stadtentwicklung 1945–1955. In: Jürgen **Sandweg** – Gertraud **Lehmann** (Hrsg.), Hinter Unzerstörten Fassaden. Erlangen 1945–1955, Erlangen 1996, S. 577–621.

Johannes **Kosior**, Neubeginn nach 1945. Vertriebene in Erlangen. Eine Dokumentation, Erlangen 1989.

Andreas **Kossert**, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, Berlin 2008.

Steffen **Krämer**, Das Münchner Wohnungsbauprogramm von 1928–1930. In: Felix **Billeter** – Antje **Günther** – Steffen **Krämer** (Hrsg.), Münchner Moderne. Kunst und Architektur der zwanziger Jahre, München-Berlin 2002, S. 66–79.

Ronald **Kunze**, Wohnen mit sozialer Bindung. Aufstieg und Niedergang des Reichsheimstättenrechtes. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte. Wohnen in der Stadt 2 (1993) S. 24–29.

Gerd Dieter **Liedtke**, Bauen gegen den Bedarf. In: Helmut **Beer** u.a. (Hrsg.), Bauen in Nürnberg 1933–1945. Architektur und Bauformen im Nationalsozialismus, Ausstellungskatalog, Stadtarchiv Nürnberg (11.08.–31.10.1995), Nürnberg 1995, S. 152–161.

Dieter von **Lölhöffel**, Erlangen. Eine Stadt im wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Hannover 1967.

Hannes S. **Macher**, Karl Preis. Visionär und Pionier des Sozialen Wohnungsbaus und Wiederaufbaus in München, München 2016.

Jörg **Maier** – Germano **Tullio**, Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge⁴), München 1996.

Roswitha **Mattausch**, Siedlungsbau und Stadtneugründungen im deutschen Faschismus. Dargestellt anhand exemplarischer Beispiele, Frankfurt a.M. 1981.

Münchener Bürger- und Hausbesitzerzeitung. Offizielles Organ des Grund- und Hausbesitzervereins München e.V. (1929).

Münchner Stadtmuseum – Stadtarchiv München (Hrsg.), München wie geplant. Die Entwicklung der Stadt von 1158 bis 2008. Eine Ausstellung des Münchner Stadtmuseums in Zusammenarbeit mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung und dem Stadtarchiv München, München 2004.

Winfried **Nerdinger** (Hrsg.), Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945, Ausstellungskatalog, Architekturmuseum der TU München u. Stadtmuseum München (24.09.1993–09.01.1994), München 1993.

Ute **Peltz-Dreckmann**, Nationalsozialistischer Siedlungsbau. Versuch einer Analyse der die Siedlungspolitik bestimmenden Faktoren am Beispiel des Nationalsozialismus, München 1978.

Polizeidirektion München (Hrsg.), Die Kommunistische Bewegung in Bayern unter Berücksichtigung der südbayerischen Verhältnisse. Nur für den amtlichen Gebrauch, München 1926.

Karl Sebastian **Preis**, Die Beseitigung der Wohnungsnot in München. Denkschrift und Anträge des städt. Wohnungsreferenten vom 24. Dezember 1927, München 1927.

Friedrich **Prinz**, Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern. Versuch einer Bilanz nach 55 Jahren (Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Band 24), Augsburg 2000.

Christoph **Renzikowski** – Joachim **Renzikowski**, Die vergessenen Patenkinder. Erlangen und „seine“ Heimatvertriebenen. In: Jürgen **Sandweg** – Gertraud **Lehmann** (Hrsg.), Hinter Unzerstörten Fassaden. Erlangen 1945–1955, Erlangen 1996, S. 470–519.

Karl **Scharnagl**, Politische Begebenheiten meines Lebens, die nicht in Akten stehen, München 1962.

Siedlervereinigung Siemens Nürnberg (Hrsg.), Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Siemens-Siedlung, Nürnberg 1985.

Siedlervereinigung Selbsthilfe (Hrsg.), 40 Jahre Siedlervereinigung „Selbsthilfe“, Nürnberg 1972.

Siedlungswerk Nürnberg. Körperschaft des öffentlichen Rechts, Nürnberg 1934. [illustrierter Tätigkeitsbericht]

Ilse **Sponsel**, „Nun gehört er uns allen: Michael Poeschke. Oberbürgermeister 1946–1959. In: Jürgen **Sandweg** – Gertraud **Lehmann** (Hrsg.), Hinter Unzerstörten Fassaden. Erlangen 1945–1955, Erlangen 1996, S. 49–90.

Stadt Nürnberg, Baureferat/Stadtplanungsamt (Hrsg.), Die Nürnberger Siedlungsentwicklung seit 1806, 2. Aufl. Nürnberg 2012.

Peter **Steinborn**, Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert (Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 5), München 1968.

Ferdinand **Stracke**, WohnOrt München. Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert, München 2011.

Uli **Walter**, Sozialer Wohnungsbau in München. Die Geschichte der GWG (1918–1993), München 1993.

Bernd **Windsheimer**, WBG 1918–2018. 100 Jahre Bauen und Leben in Nürnberg, Nürnberg 2018.

Bernd **Windsheimer**, 100 Jahre Siedlungswerk Nürnberg. 1919–2019, Nürnberg 2019.

Walter **Ziegler**, Integration oder Nichtintegration. Die „Flüchtlingsstädte“ in Bayern 1945–1990. In: Hans-Joachim **Hecker** – Andreas **Heusler** – Michael **Stephan** (Hrsg.), Stadt, Region und Migration – Zum Wandel urbaner und regionaler Räume (Stadt in der Geschichte 42), Ostfildern 2017, S. 165–188.

Ungedruckte Quellen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Finanzministerium

Plakatsammlung

Stadtarchiv München

DE-1992-FS-ALB: Fotosammlung, Fotoalben

DE-1992-FS-PK-STB: Fotosammlung, Postkarten-Stadtbild

DE-1992-FS-STB: Fotosammlung, Stadtbild

DE-1992-LBK: Lokalbaukommission

DE-1992-PL: Plakatsammlung

DE-1992-RP: Ratssitzungsprotokolle

DE-1992-WOHN: Wohnungsamt

DE-1992-ZA: Zeitungsausschnitte

Stadtarchiv Nürnberg

A 38: Hochbauamt, Glasnegative und historische Abzüge

A 39/I: Hochbauamt, Negative / Drittes Reich und Nachkriegszeit

A 39/II: Hochbauamt, Negative / Zerstörungsaufnahmen nach Luftangriffen

C 7/I: Hauptregistratur / Generalregistratur

C 7/VIII: Hauptregistratur / Kommunalregistratur

C 15: Wohnungs- und Siedlungswesen

C 20/VI: Bauwesen / Bauordnungsbehörde

C 25/I: Sozialamt / Alte Fürsorgeregistratur

C 29: Direktorium A

C 30/I: Stadtplanungsamt / Allgemeine Akten

C 59: Geschäftsstelle der Ratsherren

F 4: Zeitungen

Stadtarchiv Erlangen

223.A: Ämterarchive, Ausgleichsamt und Vorgängerbehörden

684.A: Ämterarchive, Wohnungsamt

F 325/59: Hauptregistratur des Stadtrats Erlangen, Armenwesen

VI.E: Karten und Pläne, Stadtpläne der Gesamtstadt seit 1850

VIII.N: Negative, Dias und Filme, Fotonachlass Pressefotografen
Rudi und Hilde Stümpel

Unverzeichnet: Fotoalbum des Erlanger Militärgouverneurs Robert
C. Adair

Abkürzungen

DAF = Deutsche Arbeitsfront

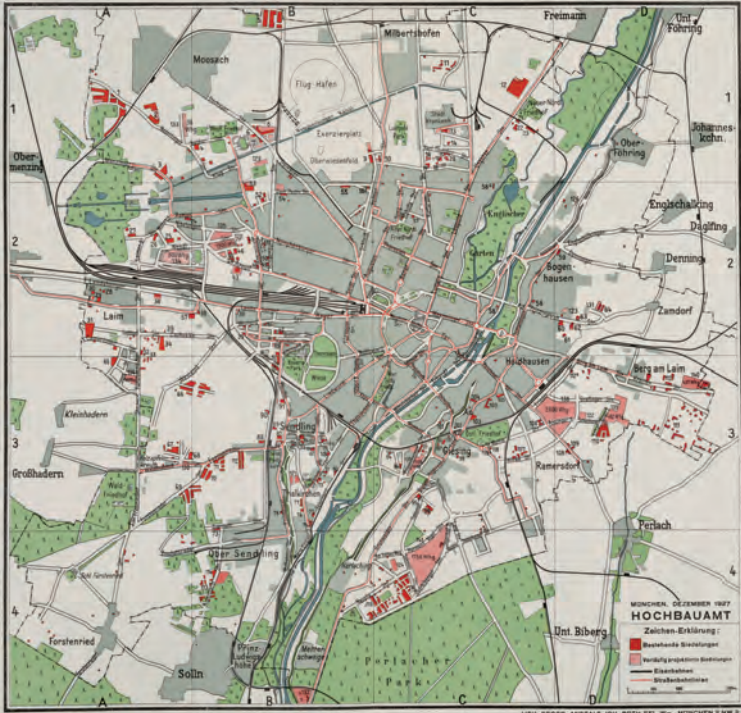
DDP = Deutsche Demokratische Partei

MAN = Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg

NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Bestehende Siedlungen.*

- 1. Bestehende Siedlungen:
 - A. 1. Moosach
 - B. 1. Milbertshausen
 - C. 1. Freimann
 - D. 1. Unt. Föhring
- 2. Bestehende Siedlungen:
 - A. 2. Obermenzing
 - B. 2. Laim
 - C. 2. Nymphenburg
 - D. 2. Bogenhausen
- 3. Bestehende Siedlungen:
 - A. 3. Großhadern
 - B. 3. Siedlung
 - C. 3. Hiltlshausen
 - D. 3. Berg am Laim
- 4. Bestehende Siedlungen:
 - A. 4. Forstnied
 - B. 4. Solin
 - C. 4. Perlach
 - D. 4. Unt. Biberg



- 1. Bestehende Siedlungen:
 - A. 1. Moosach
 - B. 1. Milbertshausen
 - C. 1. Freimann
 - D. 1. Unt. Föhring
- 2. Bestehende Siedlungen:
 - A. 2. Obermenzing
 - B. 2. Laim
 - C. 2. Nymphenburg
 - D. 2. Bogenhausen
- 3. Bestehende Siedlungen:
 - A. 3. Großhadern
 - B. 3. Siedlung
 - C. 3. Hiltlshausen
 - D. 3. Berg am Laim
- 4. Bestehende Siedlungen:
 - A. 4. Forstnied
 - B. 4. Solin
 - C. 4. Perlach
 - D. 4. Unt. Biberg



ISSN 1434-9868
ISSN 978-3-938831-95-3